Nr. 39 ♦ 39. Jahrgang
Ausgabe A Nr. 20

Morgen-Ausgabe

70 Pfennig

Bezugspreis:
Vierteljährl. 60.— M., monatl. 20.— M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 20.— M. einschl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, das Saar- und Memelgebiet, sowie die ehemals deutschen Gebiete Polens, Oesterreich, Ungarn und Luxemburg 54.— M. für das übrige Ausland 72.— M. Postbestellungen nehmen an Oesterreich, Ungarn, Tschecho-Slowakei, Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk und Zeit", der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt" und der Beilage „Siedlung und Kleingarten" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die zehngespaltene Nonpareillezeile kostet 9.— M. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 3.— M. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 1.50 M. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 1.50 M., jedes weitere Wort 1.— M. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten Zeile 4.— M. Die Preise verstehen sich einschließlich Teuerungszuschlag.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4½ Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195—97, Expedition Moritzplatz 11753—54

Dienstag, den 24. Januar 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-Abteilung Moritzplatz 11753—54

Die Steuerkrise im Reichstag.

Im Reichstag war gestern kritischer Tag. Die sozialdemokratische Fraktion beriet von 3 Uhr nachmittags an — während ein spärlich besetztes Plenum über das Reichsschulgesetz debattierte — über die Steuerfrage und über die politischen Wirkungen eines Sturzes der Regierung Wirth, der durch das Stocken der Steuerverhandlungen in drohende Nähe gerückt erscheint. Die Fraktion war sich einig in der Ueberzeugung, daß ein Regierungswechsel unter den gegenwärtigen Verhältnissen ein sehr großes außenpolitisches Risiko in sich schließe. Aber weit überwiegend ging die Meinung dahin, daß man auch in diesem Augenblick vor der Möglichkeit einer Regierungskrise nicht zurückschrecken dürfe, falls das geforderte sichtbare Opfer des Besitzes als Gegengewicht zu den neuen schweren Verbrauchssteuern ausbleibe.

Gegen ½6 Uhr abends war diese erste Fraktionssitzung zu Ende. Die Genossen Hermann Müller, Wels, Bernstein und Riedmiller begaben sich nun in die Reichskanzlei, wo sie für 6 Uhr zu einer Besprechung mit Zentrum, Demokraten, der Deutschen sowie der Bayerischen Volkspartei geladen waren. Die Zuziehung der beiden „Volksparteien" war nicht geeignet, die Stimmung der Fraktion zu bessern; denn niemand will, daß die Steuerfrage in die Bahn der „großen Koalition" gedrängt wird. Wenn die bürgerlichen Mittelparteien eine Politik in ihrem Sinne machen wollen, ohne auf die Forderungen der Sozialdemokratie Rücksicht zu nehmen, dann werden sie den Partner, den sie zur Mehrheit brauchen, nicht links, sondern weiter rechts, ganz rechts suchen müssen.

Das sachliche Interesse konzentriert sich auf die Frage der Zwangsanleihe. Die Sozialdemokratie ist damit einverstanden, daß die von ihr geforderte Erfassung der Sachwerte zunächst in der Form einer Zwangsanleihe erfolgt. Aber von dieser Forderung abzugehen ist sie nicht gewillt. Der Widerstand der bürgerlichen Parteien gegen diesen Gedanken ist um so weniger verständlich, weil jeder politisch Unterrichtete weiß, daß die Zwangsanleihe ja doch kommen wird. Werden sie wirklich die Regierung Wirth stürzen lassen, um ein paar Wochen später doch zu tun, was zu beschließen sie sich einstweilen scheinbar auf jede Konsequenz hin weigern?

Um 8 Uhr abends versammelte sich die Fraktion zum zweiten Male. Die Unterhändler waren noch nicht zurück und man besprach Fragen des gemeinnützigen Wohnungsbaues.

Um ¼ nach 9 Uhr erscheinen die lange Erwarteten. Genosse Hermann Müller berichtet über die Verhandlungen in der Reichskanzlei, die vertraulich waren, und noch nicht beendet sind. Heute vormittag soll weiter verhandelt werden. Im Vordergrund der Verhandlungen dürfte die Frage stehen, ob die Zwangsanleihe von den Wirtschaftsverbänden in normaler Höhe oder vom Reich in erheblich reduziertem Umfange — zunächst gar nicht — verzinst werden soll. Es hat sich übrigens herausgestellt, daß nicht nur über das Hauptstück, die Zwangsanleihe, erhebliche Meinungsverschiedenheiten bestehen, sondern auch über andere Fragen, wie über die Höhe einzelner Verbrauchssteuern, die Umsatzsteuer der Genossenschaften, die Bewertung der Grundstücke bei der Bemessung der Vermögenssteuer. Die Situation wird durch den Umstand kompliziert, daß bis zum 27. Januar der Garantieplan vorgelegt werden soll und daß der Reichskanzler zuvor mit einer Erklärung vor den Reichstag treten muß, deren zustimmende Aufnahme durch die Volksvertretung ihm erst die nötige Autorität gegenüber dem Auslande sichert. Diese Erklärung sollte schon heute abgegeben werden, mußte aber vertagt werden. Um nun den Gang der Ereignisse zu beschleunigen, sollen heute die Verhandlungen der Steuerausschüsse wieder aufgenommen werden. Die sozialdemokratische Fraktion, die in später Abendstunde noch weiter tagt, tritt heute nachmittag wieder zusammen. Einstweilen wird die Aussicht, eine Lösung zu finden, um die niemandem willkommene Regierungskrise zu vermeiden, wenig günstig beurteilt.

Zwei Milliarden für Wohnungsbau.

Dem Reichstag ist der Entwurf einer Novelle zum Wohnungsabgabegesetz vom 26. Juni 1921 zugegangen, das bekanntlich zur Deckung der Baukostenbeihilfen eine Abgabe in Höhe von 10 v. H. der Friedensmietwerte der vor dem 1. Juli 1918 fertiggestellten Gebäude aller Art vorsieht. Hiervon sind 5 v. H. für die Länder und 5 v. H. für die Gemeinden (Gemeindeverbände) bestimmt. Nach dem Entwurf sollen diese Sätze für Land und Gemeinden auf je 25 v. H. erhöht werden, so daß der Gesamtertrag 50 v. H. der Friedensmietwerte betragen soll. Die zu erwartende Mehreinnahme wird auf 2 Milliarden Mark geschätzt. Dieser Betrag ist mindestens erforderlich, um ein — selbst bescheidenes — Bauprogramm für 1922 zu ermöglichen. Die notwendigen Baukostenzuschüsse sollen wie im Vorjahre möglichst durch Anleihen aufgebracht werden, zu deren Verzinsung und Tilgung die neue Abgabe dienen soll. Was zum Anleihedienst nicht gebraucht wird, soll unmittelbar zur Gewährung von Baukostenbeihilfen Verwendung finden.

•

Der amtliche Preußische Pressedienst schreibt: Die Beleihung der Klein- und Mittelhausbauten durch die zuständigen Kreditanstalten und durch sonstige Geldgeber stößt heute vielfach auf Schwierigkeiten. Zur Finanzierung des Wohnungsbaues müssen daher andere Geldquellen, wo immer sie sich bieten, herangezogen werden. Neuerdings haben sich viele Krankenkassen bereit erklärt, mit ihren verfügbaren Mitteln bei der Beschaffung von Hypotheken und langfristigen Darlehen zugunsten der Neubautätigkeit kräftige Mithilfe zu leisten. Auf die Möglichkeit dieser Kapitalbeschaffung für den Kleinwohnungsbau werden die Gemeinden, Gemeindeverbände und die für den gemeinnützigen Wohnungsbau in Frage kommenden Organisationen in einem Erlaß des Ministers für Volkswohlfahrt hingewiesen. Gegen die Verwendung der Krankenkassenmittel zu diesem Zweck bestehen keinerlei Bedenken. Die Rücklagen der Krankenkassen sind infolge der Erhöhung der Grundlöhne zurzeit so angewachsen, daß 20 bis 25 v. H. für Kreditzwecke verwendet werden könnten, ohne daß die Kasse in Gefahr geraten würde, das jeweilig für besondere Notfälle erforderliche Barkapital nicht zur Verfügung zu haben. Die Krankenkassen sind im übrigen an der Erstellung gesunder Wohnungen selbst stark interessiert, da anderenfalls bei ungünstigem Gesundheitszustand der Allgemeinheit ihre Mittel stark herangezogen werden müßten.

Die Garantien am Rhein.

Poincaré hat auf dem Versailler Kongreß den Rhein als die Grenze Frankreichs gefordert und diese Forderung auch später in seinen Aufsätzen verfochten. Es war deshalb nicht überraschend, wenn er in seiner Regierungserklärung vor einigen Tagen andeutete, Frankreich werde verlangen, daß der Termin für die Besetzung der Rheinlande, die bekanntlich auf 15 Jahre angesetzt ist, noch nicht zu laufen begonnen habe. Damit nimmt er Gedankengänge wieder auf, mit denen er in Versailles nicht durchdringen konnte. Aus dem Garantievertrag mit England, der nach dem ursprünglichen Plan Frankreich lediglich seine im Vertrage von Versailles festgelegten Grenzen sichern sollte, versucht Poincaré eine Fußangel zu machen, mit deren Hilfe die Rheinlande an Frankreich gekettet werden sollen. Es ist deshalb interessant, wenn die amtliche französische Nachrichtenagentur Havas jetzt die Nachricht verbreitet, in englischen Regierungskreisen bestehe der Wunsch, die Absichten der französischen Regierung hinsichtlich der weiteren Erörterung des englisch-französischen Bündnisses kennenzulernen. Am Dienstag oder Mittwoch würden im englischen Auswärtigen Amt die Verhandlungen in dieser Frage zwischen Curzon, dem englischen Außenminister, und dem französischen Botschafter aufgenommen werden.

Den Standpunkt der englischen Regierung umschreibt Havas bei dieser Gelegenheit folgendermaßen: Die englische Regierung wird sich damit einverstanden erklären, die Dauer des Abkommens zu verlängern und sie möglicherweise auf 30 Jahre festzusetzen, obwohl sie diesen Zeitraum für zu ausgedehnt hält. Sie wird sich bereitfinden, dem Abkommen gegenseitige Wirkung zu geben, obwohl sie dies nicht als unbedingte Notwendigkeit ansieht. Eine Militärkonvention wird sie ablehnen, ebenso die Ausdehnung des Abkommens auf einen gegen Polen gerichteten Angriff. — Ein Kommentar wird an diese Meldung nicht geknüpft. Es ist möglich, daß damit das erste Rückzugsgefecht Poincarés eingeleitet wird, dem es zunächst darauf ankommt, dem englisch-französischen Vertrag eine möglichst lange Bindung zu verleihen.

Wann rüstet Ungarn ab?

Paris, 23. Januar. (Havas.) Die Botschafterkonferenz hat beschlossen, die alliierten Vertreter bei der ungarischen Regierung zu beauftragen, die ungarische Regierung an die Beobachtung der militärischen Klauseln von Trianon, besonders an die Aufhebung der Militärdienstpflicht, zu erinnern. Die alliierten Vertreter sollen die ungarische Regierung zum letztenmal darauf aufmerksam machen, daß sie sich genau an die Beschlüsse der Kontrollkommission zu halten habe.

Wien, 23. Januar. (Intel.) Nach dem „Pesti Magyar Ujszag" nehmen die ungarischen Zivilbehörden, die sich plötzlich als Militärverwaltungsämter entpuppen, in ganz Ungarn Einziehungen zum Militär vor. Die Jahrgänge 1899, 1900 und 1901 werden vorgeladen. Die als tauglich Befundenen werden regelmäßig vereidigt und zur Unterzeichnung eines Zirkulars gezwungen, das für die „freiwillige" Anwerbung von Soldaten bestimmt ist. Zahlreiche Militärpflichtige flüchten in die zu Oesterreich kommenden Gebiete Westungarns.

Spionageverordnung der Rheinlandkommission. Die Interalliierte Rheinlandkommission hat dem Reichskommissar für die besetzten Gebiete eine Verordnung 103 zur Ergänzung des Artikels 5 der Verordnung Nr. 71 über Spionage zugehen lassen. Danach wird mit dem in der Verordnung 71 vorgesehenen Strafmaß bedroht, wer von einem Paß, einem Geleitschein oder irgendeiner amtlichen Urkunde jeder Art, die nicht auf seinen Namen lautet, Gebrauch macht.

Die gerechten Richter.

Sicherung der Klassenjustiz durch ungenügende Entschädigung der Schöffen und Geschworenen.

Servil nach oben, brutal nach unten — diese Gesinnung war das Kennzeichen des altpreußischen Systems. Wenn die „Deutsche Zeitung" eine Kritik des Schliessen-Urteils ablehnt, weil das deutsche Gerichtswesen zu den wenigen Einrichtungen gehöre, denen der Umsturz vom 9. November „noch keinen ernstlichen Schaden zugefügt hat", so liegt in dieser Begründung eine Wahrheit. In der Justiz ist beinahe unversehrt jener alte Preußengeist erhalten geblieben, der vor den Hochgestellten katzbuckelt, an die Tieferstehenden Fußtritte austeilt.

Wer gedenkt nicht noch der zarten Rücksichtnahme des Potsdamer Landgerichtsrats Westphal, der den bürgerlichen Justizsekretär aus dem Zimmer wies, und einen gräflichen Referendar an seine Stelle als Protokollführer setzte, weil eine leibhaftige ehemalige Prinzessin vernommen werden sollte. Wer gedenkt nicht noch der ebenso rücksichtsvollen Richter, die den Gemahl jener Prinzessin wegen Kapitalflucht zu verurteilen hatten — seitdem haftet ihm der Name Eitel-Schieberich an —, dem Herrn Angeklagten aber die Gunst bezeugten, daß er sich sofort nach seiner Vernehmung entfernen durfte?

Mit Republikanern springt man anders um. Der Würzburger Staatsanwalt Schülein läßt auf den sozialdemokratischen Redakteur Matthes eine ganze Blütenlese duftiger Redewendungen niederregnen: Der Angeklagte führe die Sprache eines Marktweibes, das die höhere Töchterschule besucht hat, seine Artikel atmeten den üblen Duft von Orten, die man nur mit den Anfangsbuchstaben nenne, der Angeklagte werde die Strafe abschütteln wie der Eber die Mistjauche usw. Dem demokratischen Schriftsteller Köbisch schreibt die Strafkammer Oels folgendes ins Urteil:

Köbisch ist mit seiner Selbstgefälligkeit, Eitelkeit, Unwahrhaftigkeit, mit seiner Schönrednerei, mit seiner Anpassung an die Leidenschaften der Menge und mit seiner Kampfesweise gegen seine Gegner einer jener unberufenen Volksführer, die ihren Herrschaftsgelüsten auf Kosten und zum Schaden des Volkes frönen, seine Angaben verdienen an sich keinen Glauben.

Wenn wir diese Beispiele gegeneinander halten, dann haben wir lebendig den Geist vor uns, aus dem das Schliessen-Urteil geflossen ist. Der Gräfin Schliessen hat kein Richter gesagt, daß sie die Strafe „wie die Sau die Mistjauche" abschütteln würde. Behüte der Himmel! Sondern rücksichtsvoll bemerkt das Gericht, daß die Frau Gräfin be[illegible] schwer unter der Strafe zu leiden haben würde. A[illegible] ihr „vorgerücktes Alter" kam ihr schützend zu Hilfe, obwohl die Dame noch nicht an die Fünfzig heran ist. Dem Sohne dagegen, der in den Zwanzigern ist, half seine große Jugend. Unwillkürlich wird man an das Scherzwort von dem Verteidiger erinnert, der im Plädoyer sagt: „Wenn mein Klient bei Nacht stiehlt, wird ihm seine große Gefährlichkeit, wenn er bei Tage stiehlt, seine große Dreistigkeit straferschwerend angerechnet. Meine Herren, wann soll er denn eigentlich stehlen?!" Wie alt, fragen wir, muß ein Graf Schliessen sein, damit das Strafgesetz voll gegen ihn zur Anwendung gelangt?

Man könnte auch andere Parallelen ziehen. Man könnte daran erinnern, daß in Mitteldeutschland eine Kommunistin, weil sie für die rote Armee einen Sanitätsdienst eingerichtet hatte, zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt wurde. Meuchelmörder gegen einen Verwandten dingen, kostet nur zwei Jahre Gefängnis — falls man die Grafenkrone in der Wäsche eingewebt hat.

Bei allem darf aber nicht vergessen werden, daß ein Teil der Schuld an diesem Urteil, wie an dem Versagen der Justiz überhaupt, auf die Laienrichter fällt. Immer wieder ist darauf hinzuweisen, daß unsere heutige Laienjustiz von dem Ideal einer Volksjustiz noch meilenfern ist. Die bisherigen Reformen reichen bei weitem nicht aus, um ihren Klassencharakter zu beseitigen. So hat Preußen z. B. ein Gesetz ausgearbeitet, daß die Entschädigung für Schöffen und Geschworene auch für die Ausschüsse vorsieht, denen die Auswahl der Schöffen und die erste Wahl der Geschworenen (die endgültige liegt noch immer bei den Richtern) obliegt. Aber was nützt diese Diätengewährung wie die Diätengewährung an die Laienrichter überhaupt, wenn sie durch die Geldentwertung illusorisch geworden ist? Heute erhalten Schöffen und Geschworene für einen vollen Tag 30 M. Entschädigung. Das ist für einen Arbeiter kaum die Hälfte, oft kaum ein Drittel seines Verdienstausfalls. Ein Arbeiter, der bei einer 14tägigen Gerichtsverhandlung als Geschworener fungieren soll, ruiniert sich wirtschaftlich. Ihm kostet die Ehre, Geschworener zu sein, 500 M. und darüber. Der Unternehmer dagegen macht sich keine Abzüge, wenn er aus dem gleichen Grunde dem Geschäft fernbleiben muß. Wir kennen Fälle, in denen die Arbeiter eines Betriebes gesammelt haben, damit einer ihrer Kollegen das

Laienrichteramt ausüben konnte. Diese Sammlungen sind aber auch ein Zeichen, welchen Wert die Arbeiterschaft darauf legt, an der Rechtsprechung Anteil zu haben.

Leider wird ihr dieser Anteil auch nicht annähernd in dem berechtigten Maße gewährt. Noch immer gibt es zahlreiche Gerichtssprengel in Deutschland, in denen nie oder fast nie ein Arbeiter zum Geschworenenamt gelangt. Die Landgerichtsräte, die die letzte Wahl aus der Geschworenenliste vornehmen, zeigen, daß der 9. November ihrem altpreußischen Denken „keinen ernstlichen Schaden zugefügt" hat, indem sie selbst die von den Ausschüssen vorgeschlagenen Arbeiter systematisch übergehen. Es ist daher höchste Zeit, daß die angekündigte Aenderung des Gerichtsverfassungsgesetzes endlich zur Tat wird, die das Berufsrichtertum bei der Auswahl der Laienrichter ausschaltet. Dann werden auf die Geschworenenbänke auch andere Leute kommen als die, deren Geist dem der servilen Rückenbeuger ähnelt, die sie ausgesucht haben.

In der Entschädigungsfrage muß sich ein gerechter Ausgleich finden lassen. Auch den Mitgliedern der Steuerausschüsse, in denen Arbeiter und Angestellte mitwirken, ist zunächst die Entschädigung für Schöffen und Geschworene (30 M. für den Tag, für Uebernachtung noch 20 M.) zugebilligt worden. Natürlich ist auch hier der Satz zu gering gewesen, um den Verdienstausfall der Lohnempfänger auch nur annähernd zu decken. Einige Finanzämter hatten sogar noch niedrigere Sätze festgelegt. Hier hat das Reichsfinanzministerium inzwischen folgende Regelung getroffen:

Um die Unzuträglichkeiten, die in der Anfrage angeführt sind, nach Möglichkeit aus dem Wege zu räumen, sind die Präsidenten der Landesfinanzämter ersucht, bei Bemessung der Entschädigungen für Aufwand und Zeitverlust den allgemeinen Teuerungsverhältnissen und den besonderen Teuerungsverhältnissen des Landesfinanzamtsbezirks Rechnung zu tragen, selbst wenn damit im Regelfall der Höchstsatz von 50 M. für den Tag (ausschließlich der Reisekosten) und eine Stundenentschädigung von 10 M. erreicht wird; ferner sind die Präsidenten ermächtigt, in Einzelfällen beim Vorliegen besonderer Härten höhere Sätze zu bewilligen, die jedoch 75 M. täglich nicht übersteigen dürfen.

Ohne etwa sagen zu wollen, daß diese Regelung bereits allen berechtigten Ansprüchen genügt, möchten wir betonen, daß zum mindesten sie auch auf die Schöffen und Geschworenen auszudehnen wäre. Nur durch Schaffung und Kräftigung einer wirklichen Volksjustiz, an der alle Schichten des Volks nach ihrem Stärkeverhältnis teilnehmen, unter gleichzeitiger Ausdehnung ihrer Zuständigkeit, lassen sich die unbefriedigenden Urteile der letzten Jahre beseitigen, bei denen Recht und Gerechtigkeit schliefen.

Agrarische Steuereinschätzung.

Für die Veranlagung der Reichseinkommensteuer wird bei den Arbeitern, Angestellten und Beamten jede Mark versteuert, indem der volle verdiente Lohn oder das volle Gehalt, abgesehen von den gesetzlich zulässigen Abzügen, durch den zehnprozentigen Lohnabzug zur Steuer herangezogen wird. Bei den selbständigen Handwerkern und Gewerbetreibenden wird als Einkommen ein Betrag vom Jahresumsatz in Höhe von 10—15 Proz. berechnet. Der Handwerker und Gewerbetreibende ist durch diese Art der Einkommenfeststellung gegenüber dem Lohn- und Gehaltsempfänger im Vorteil. Noch viel größer aber sind die Einkommens- und Steuervorteile, die der Landwirt genießt, und zwar um so mehr, je größer die von ihm bewirtschaftete Fläche ist. Wie wir erfahren, hat der Kreiswirtschaftsverband Lauban in Niederschlesien im Einvernehmen mit dem Finanzamt Lauban unter Leitung des Regierungsrates v. Windeck, Einkommensätze pro Morgen Grund und Boden aufgestellt, gestaffelt nach der Morgenzahl der Wirtschaften und Landgüter. Es soll auf Grund dieser Aufstellung berechnet werden von

Wirtschaften bis	20	Morgen	375—450 M.	Einkommen	pro	Morgen
„ „	50	„	300—375 „	„	„	„
„ „	100	„	225—300 „	„	„	„
„ „	200	„	150—225 „	„	„	„
„ „	400	„	100—150 „	„	„	„
„ „	1000	„	u. mehr 50—100 M. „	„	„	„

So schätzen die Agrarier den Ertrag ihres Landes ein, wenn es gilt, Steuern zu zahlen. Der kleine Wirtschaftsbesitzer kann bluten, jeden Morgen Land seiner Scholle soll er mit 375—450 M. oder mit 300—375 M. Einkommen angerechnet bekommen und versteuern, während der Großagrarier mit 1000 und mehr Morgen Land nur 50—100 M. Einkommen aus jedem Morgen Land versteuern soll. Der Großagrarier dichtet sich also einen 4½—7½mal niedrigeren Ertrag an, als er für den kleinen Landwirt berechnet wird. Beim Siedlungsgesetz war es anders, da wurde von den Großagrariern statistisch nachzuweisen versucht, daß nur die Großlandwirtschaft ertragsfähig wirtschaftet. Durch diese Begründung sollte möglichst verhindert werden, Land an den Kleinbesitz abzugeben. Durch die Kritik eines Parteigenossen in einer Kreissteuerausschußsitzung für den Steuerbezirk Seidenberg, Kr. Lauban, wurde erreicht, daß sich die Mehrheit entschied, für ein Einkommen bei Wirtschaften mit 200 Morgen und mehr auf 150 M. pro Morgen in Zone 1 und auf 130 M. pro Morgen in Zone 3 zu bemessen. Damit wurde die große Ungerechtigkeit gegenüber den kleinen Landwirten wenigstens etwas beseitigt.

Die kleinen und mittleren Landwirte können aus den vorstehenden Tatsachen ersehen, wie der Großgrundbesitz um sie „besorgt" ist und versteht, sich von den steuerlichen Lasten zu drücken und sie auf die kleinen Wirtschaftsbesitzer abzuwälzen.

Das „robuste Gewissen".

In Nr. 19 des „Vorwärts" veröffentlichten wir einen Artikel über den Kampf der Bauunternehmer gegen soziale Baubetriebe. Der Aufsatz enthält u. a. folgende Stelle:

Dabei herrschten Ende 1919 und Anfang 1920, wie selbst das Mitteilungsblatt des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe" in Nr. 18 vom 5. Mai 1921, also ein gewiß unverdächtiger Zeuge, kritisch feststellen mußte, „auf dem Baumarkt wilde Zustände, die von Naturen mit robustem Gewissen rücksichtslos ausgenutzt wurden."

Das zitierte „Mitteilungsblatt" legt in einer „Berichtigung" Wert darauf, festzustellen, daß der Wirtschaftsbund des Baugewerbes mit der Wiedergabe dieser Stelle irgendeine kritische Stellungnahme zu den Zuständen des Arbeitsmarktes nicht bezweckt hat. Der Satz sei vielmehr ausschließlich als referierende Mitteilung eines Artikels der „Köln. Volkszeitung"" Nr. 193 aufzufassen. Das Zitat habe überdies den Nachsatz enthalten: „während der ehrliche und richtig abwägende Kaufmann Zurückhaltung übte."

Der Verfasser unseres Artikels, Architekt Heinrich Kaufmann, bemerkt zu dieser Berichtigung:

„Das berichtigte Zitat ist einem Artikel „Städtischer Baustoffhandel" entnommen, welchen das Mitteilungsblatt des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe aus der „Kölnischen Volkszeitung" Nr. 193 nachgedruckt hat. Da die Redaktion des „Baugewerbe" den Artikel der „Kölnischen Volkszeitung", sowie einen der Auffassung dieses Blattes zustimmenden Artikel des „Mainzer Journals" wörtlich übernahm, ohne eine andere Bemerkung als die: „Es wäre ja interessant zu erfahren, ob an anderen Orten ähnliche Erfahrungen gemacht worden sind," hinzuzufügen, muß der unbefangene Leser annehmen, daß sich „das Baugewerbe" den Aufsatz der „Kölnischen Volkszeitung" völlig zu eigen macht. Das geht auch aus der Tendenz des Artikels, aus dem das Zitat stammt, klar hervor; denn damit sollte nachgewiesen werden, „daß Kommunalverwaltungen nicht in der Lage sind, große Warengeschäfte durchzuführen". Gerade zur Begründung dieser Behauptung hat die „Kölnische Volkszeitung" und mit ihr das zitierte Arbeitgeberorgan die Feststellung gemacht, daß am Baustoffmarkt wilde Zustände herrschten, „die von Naturen mit robustem Gewissen rücksichtslos ausgenutzt wurden". Auf diese Feststellung kam es mir an, die auch nicht durch die Behauptung aus der Welt geschafft werden kann, daß in dieser Zeit der ehrliche und richtig abwägende Kaufmann Zurückhaltung übte. Ich bin der Meinung, daß durch diese Berichtigung meine Behauptung nur noch bestätigt wird, denn die Dinge lagen Ende 1919 und 1920 eben so, daß die Menschen mit robustem Gewissen den Markt beherrschten und die Ehrlichen dabei nicht mehr mitkommen konnten. Das ist auch heute noch zum großen Teil der Fall, wo wir auf dem Baumarkt eine wilde Spekulation sich austoben sehen, bei der ehrlich und richtig abwägende Kaufleute an die Wand gedrückt werden.

Das Arbeitsnachweisgesetz.

Im Sozialpolitischen Ausschuß des Reichstags wurde am Montag der Entwurf eines Arbeitsnachweisgesetzes beraten. Ministerialdirektor Ritter: Der Zweck des vorliegenden Entwurfes ist, den Ausgleich von Arbeitsangebot und Arbeitsnachfrage zu erleichtern und nach Möglichkeit sicherzustellen, so daß die Arbeit nach den Grundsätzen wirtschaftlicher Zweckmäßigkeit verteilt wird. Die gewerbsmäßige Stellenvermittlung will diese neue Organisation allmählich völlig ausschalten. Der Entwurf sieht als Zeitpunkt hierfür den 31. Dezember 1930 vor. Auch die fast allseitig gewünschte Arbeitslosenversicherung kann nicht geschaffen werden, wenn nicht der Arbeitsnachweis den Arbeitswillen feststellt und Arbeitslosigkeit verhütet und lindert. Der Entwurf sieht vor: 1. Arbeitsnachweisämter mit den dazugehörigen Arbeitsnachweisen, Landesämtern für Arbeitsvermittlung, dem Reichsamt für Arbeitsvermittlung; 2. nach Bedarf sollen bei den Arbeitsnachweisen Fachabteilungen gebildet werden; 3. die Vermittlungstätigkeit wird unentgeltlich erfolgen, wenn die Arbeitnehmer der Arbeitsversicherung unterliegen, im anderen Falle sollen die Arbeitnehmer ⅔ der Kosten tragen; 4. werden Bestimmungen über die Arbeitsvermittlung außerhalb des Arbeitsnachweises getroffen.

Im Beamtenausschuß des Reichstages wurde am Montag die Beratung über den § 6 des Beamtenrätegesetzes zu Ende geführt. Der Antrag der Sozialdemokraten und Demokraten, das Wahlberechtigungsalter von 20 auf 18 Jahre herabzusetzen, wurde angenommen. Während einer Enthebung vom Amt ruht das Wahlrecht, dagegen nicht während einer Beurlaubung. Der Aufbau des Ortsbeamtenrates nach § 8 der Regierungsvorlage ist unverändert geblieben. Bei 20 bis 99 Beamten besteht der Beamtenrat aus 3, bei 50 bis 99 aus 5 Mitgliedern, zu denen für je weitere hundert Beamte ein neues Mitglied bis zur Höchstzahl von 9 Mitgliedern tritt. Ein Antrag, der bereits bei 15 Beamten einen Beamtenrat errichten wollte, wurde gegen die Stimmen der sozialistischen Parteien und der Demokraten von den Rechtsparteien und dem Zentrum abgelehnt. Ebenso der Antrag, die Mitgliederzahl des Ortsbeamtenrates auf 12 festzusetzen.

Mont Cenis.

Die reaktionäre Presse versucht den toten Bergarbeitern von Mont Cenis die Schuld an der Explosionsursache in die Schuhe zu schieben. Der Bergarbeiterverband hat diese Lüge gründlich zerstört, indem sein Organ, die „Bergarbeiter-Zeitung", den Beweis erbrachte, daß die Betriebsleitung die Schuldige sei, weil diese einen Bergmann zum Schießhauer ernannte, welcher nicht deutsch lesen und schreiben konnte. Die Direktion von Mont Cenis schickt nun der Redaktion der „Bergarbeiter-Zeitung" eine Berichtigung zu, in welcher gesagt wird:

„Frühere Arbeitskameraden von ihm (von dem Schießhauer Paulin) von der Zeche „Teutoburgia" geben die eidesstattliche Versicherung, daß Paulin schon im Jahre 1912 und 1913 sein Schießbuch stets selbst geführt hat, in der Grube die Zeitung gelesen und seinen Kameraden Mitteilungen auf die Gezähekiste geschrieben hat oder ihm aufgeschriebene Mitteilungen gelesen hat."

Das ist augenscheinlich ein Verschleierungsversuch der Direktion von Mont Cenis. Berührt es schon eigenartig, daß sich die Direktion solche Zeugen von einer anderen Zeche erst holen muß, so erklärt die Redaktion der „Bergarbeiter-Zeitung", daß es auch auf „Teutoburgia" solche Zeugen gar nicht geben kann, weil das vorliegende Beweismaterial des Bergarbeiterverbandes absolut hieb- und stichfest ist. Die Redaktion erklärt ferner, daß sie ein Interesse daran habe, sich mit der Betriebsleitung von Mont Cenis an Gerichtsstelle auseinanderzusetzen.

Verstärkter Polizeidienst. Vom 1. April dieses Jahres wird durch verschiedene Maßnahmen des preußischen Innenministers die Zahl der im Sicherheits- und Straßendienst tätigen Schutzpolizeibeamten erheblich vermehrt werden, um den zunehmenden Ueberfällen, Beraubungen, Einbrüchen usw. wirksamer entgegentreten zu können.

Auf dem Wege zur Arbeit.

Von Carl Dantz.

Ich kenne dich nicht, junger Arbeiter in der trübdunklen Straße, aber dein Anzug voll Oel und Rost scheint mir vertraut; vertraut auch dein noch schlafmüder, schlenkender Schritt, der dem qualmenden Schlotgetürm zustrebt, und dein verdrossener Blick, der düster und unfreundlich aus deinem Innern flackert.

Die Schlaftrunkenheit eines unausgeruhten Körpers spricht daraus.

Aber auch die Verdrossenheit eines Gemüts, dem der neue Tag kein frohes Ereignis, seine Arbeit kein aufrüttelndes Erlebnis ist.

Die Gleichgültigkeit eines Geistes, der in den engen Grenzen seines Bereiches keine Aufgaben sieht, die ihn wecken könnten zu Nachdenken und neuen Erkenntnissen.

Ich weiß nicht deinen Namen, junger Arbeiter, und ich erhasche nur einen flüchtigen Blick von dir und eine unwirsche Antwort. Aber mir ist, als wärest du schon oft mein Weggenosse gewesen.

Das Geschwätz von der Trostlosigkeit der Gegenwart, der laute Ruf nach Zerstreuung, das Gerede vom Minderwert aller Geistigkeit haben einen eigentümlichen Nachhall in dir gefunden.

Trotzig verschließt du die Augen vor den Aufgaben, zu denen Berufs- und Parteivertretung dich heranziehen wollen. Unlustig erfüllst du die notwendigen Pflichten gegen die Gesamtheit. Und du schweigst in heimlichem Einverständnis, wenn in der Lärmpause der Niethämmer das Wort fällt, die Versammlung sei wieder einmal völlig ergebnislos gewesen.

Beschleunigst du die Schritte, weil die Dampfsirenen der Werft zu heulen beginnen? Oder dachtest du dem unbequemen Mahner zu entgehen?

Gemach, ich begleite dich die wenigen Schritte, nicht um dich zu kränken, sondern um dein Leben leichter zu machen.

Wie anders stürmten deine Schritte, junger Arbeiter, wie viel heller leuchteten deine Augen, als du im letzten Sommer — es waren deine ersten Arbeitsferien — nur wenige Stunden noch Mitternacht das Bett verließest, um nur ja nicht den Sonnenaufgang zu versäumen! Und auch in den vorausgehenden Wochentagen konnte kein noch so frühes Wecken, keine noch so beschwerliche Wanderung, keine noch so dürftige Kost deinem Wesen etwas von der Frische, Lebendigkeit und Heiterkeit nehmen, die aus ihm strahlte.

Solltest du es nicht vermögen, auch das Leben deiner Arbeit so zu sehen, daß eine Wanderung und ein Sonnenaufgang daraus wird?

Es bedarf in der Tat nur einer Willensentschließung, einer etwas anderen Einstellung, um aus deinem dumpfen Dahinleben einen strahlenden Aufstieg zu machen.

Tausend Schwierigkeiten des Weges werden zu ebenso vielen Ansporner, sie zu überwinden; das Bewußtsein der Nähe wackerer Weggenossen erhöht die freudige Zuversicht, ein Ziel zu erreichen, wie es herrlicher nicht gedacht werden kann: alle Menschen durch schaffende Arbeit in brüderlicher Liebe zu vereinen.

Deine Seele, die sich verärgernd, vergrübelnd, verständelnd dahingab, bekommt wieder Schwingen und Ziele, Trotz und Stoßkraft, ehrlichen Haß und Liebe.

Was ich dir sage, ist wirklich kein Hirngespinst, keine dichterische Vergleichung oder Uebertreibung, wiewohl du die Sonne, deren Aufgang du erwartest, noch nicht siehst.

Märtyrer sind für den Glauben an Unsichtbares gestorben, Völker haben sich für die Machtgelüste ihrer Despoten auf die Schlachtfelder treiben lassen; — um wieviel zuversichtlicher mußt du einem vorausleuchtenden Gedanken folgen, der nicht blinder Glaube, nicht eitle Wahnidee ist!

Deine Sache denken Millionen, an den Sorgen deines Lebens sorgt kein schlagendes Menschenherz vorbei. Millionen Hirne in aller Welt aber fiebern Tag und Nacht, in heißem Bemühen, um den großen Tag deiner Sehnsucht nur um eine Sekunde zu beschleunigen.

Hier ist das Fabrikator: laß es dir kein Joch mehr sein, sondern ein Eingang zu neuen Straßen!

Diese Umstellung für dein künftiges Leben! Und du bist eingespannt in den Rhythmus der völkerbefreienden Kräfte, die da schwingen zwischen Arbeit, Freiheit und Freude!

Wird auch dein Herz mitschwingen?

Laß es mich in deinem Angesicht lesen, morgen oder übermorgen, wenn ich dir wieder begegnen werde auf dem Wege zur Arbeit!

Das Elend der geistigen Arbeit in Deutschland. Eine angesehene geographische Zeitschrift bezahlt nach wie vor ihre Aufsätze mit 64 Mark für den Druckbogen großen Formats. Das macht für die Seite 4 Mark oder für die Zeile etwa 4 Pfennige aus. Wer könnte eine Druckseite für 4 Mark auch nur abschreiben, wenn er auf Verdienst angewiesen ist? Dabei ist die geistige Arbeit, die etwaige wissenschaftliche Leistung gar nicht in Betracht gezogen, auch nicht der Umstand, daß zu einer solchen Arbeit eine kostspielige Vorbildung und teures Studienmaterial erforderlich ist. Eine philosophische Zeitschrift erklärt sogar, daß sie nicht nicht bloß kein Honorar zahle, sondern in Zukunft von den Mitarbeitern sogar einen Zuschuß von 600 Mark für den Druckbogen fordern müsse. Für die Ehre, arbeiten zu dürfen, muß also ein Gelehrter auch noch bezahlen!

Eine Erfindung zur Verhütung von Eisenbahnunfällen. Der Konstanzer Bühneninspektor Großwendt hat vom Reichspatentamt eine Erfindung patentiert erhalten, die berufen erscheint, im Punkt der Verkehrssicherheit auf den Eisenbahnen Epoche zu machen. Aus der Statistik der Eisenbahnunglücksfälle läßt sich nachweisen, daß diese Katastrophen in ihrer Mehrheit auf das Uebersehen von Ein- oder Ausfahrtssignalen zurückgeführt werden können. Die Erfindung Großwendts geht nun dahin, jeden Zug, der ein auf „Halt!" stehendes Ein- oder Ausfahrtssignal überfährt, durch automatische Auslösung der Notbremse auf der Stelle zum Stehen zu bringen. Die hierzu erforderliche Vorrichtung ist ebenso einfach wie praktisch ausgebaut.

Offiziersgewerkschaften. Eine Besonderheit der spanischen Armee, die sich im politischen Leben schon vielfach bemerkbar gemacht hat und auch jetzt wieder bei der Regierungskrise eine Rolle spielt, ist das Bestehen von gewerkschaftlichen Verbänden, den sogen. Juntas. Alle Offiziere des spanischen Heeres müssen in eine dieser verschiedenen Gewerkschaften eintreten, die für die verschiedenen Waffengattungen bestehen. Aber kein Stabsoffizier darf Mitglied einer Junta der Linienoffiziere werden. Der politische Einfluß dieser Juntas ist gewaltig. So drohten vor kurzem die Offiziere durch ihre Gewerkschaften, in einen Streik einzutreten, wenn nicht ihre Bezüge erhöht würden. Und ihrem Begehren mußte gewillfahrt werden, obgleich es auch der spanischen Finanzverwaltung sehr schwer wird, die dadurch verursachten höheren Summen von den Büegern aufzubringen. Die Stabsoffiziere stehen außerhalb dieser Juntas, und sie sind während des marokkanischen Krieges der Gegenstand heftiger Angriffe gewesen, indem man die Niederlagen der Untüchtigkeit der Stäbe und besonders des Generalstabs zuschrieb. Die Juntas haben einen offiziellen Protest gegen die Generalstäbler erlassen, worauf einer der Führer dieser Offiziersgewerkschaften verhaftet wurde. Der dadurch entbrannte Kampf zwischen den Juntas und dem Kriegsministerium wird wohl mit dem Siege der ersteren enden, denn die Juntas haben erklärt, den Krieg in Marokko nicht mehr mitzumachen, wenn nicht der verhaftete Führer in Freiheit gesetzt wird. Der König hat sich geweigert, einen vom Minister geforderten Erlaß über die Auflösung der Juntas zu unterschreiben.

Entdeckung von Radiumlagern in Brasilien. Reiche Mineralager, die Radium enthalten, sind in Brasilien entdeckt worden. Das Vorhandensein eines Euxemit genannten Minerals, das zwischen 7 und 10 Proz. Uranium enthält, war schon vor einigen Jahren von einem amerikanischen Bergwerksingenieur in Brasilien festgestellt worden. Die eigentliche Entdeckung und wissenschaftliche Feststellung der Lager ist aber einer englischen Forschungsreisenden Mrs. Alexander Groß gelungen. „Es war eine reine Sache des Zufalls," berichtet sie darüber in Londoner Blättern. „Eine mir bekannte Dame machte mich mit einem amerikanischen Ingenieur bekannt, der mir von dem Vorhandensein radiumhaltiger Mineralien im Innern Brasiliens sprach. Ich erkannte sofort die Wichtigkeit dieser Mitteilung, und wir veranstalteten eine Expedition nach dem Innern des Staates von Minas Geraes, wo wir auch die Lager glücklich ausfindig machten. Im Boden eines Hügels fanden wir große Klumpen einer braunen mineralischen Substanz, die, zerbrochen, das glänzend schwarze Uranerzgold enthüllte. Wir sandten Proben davon an ein Laboratorium in Rio de Janeiro, und man fand, daß dieser Euxemit genannte mineralische Stoff 10 Proz. Uranerzgold enthält. Andere Proben wurden an Frau Curie nach Paris gesandt, die ebenfalls den reichen Uranerzgehalt bestätigte. Am Fuße des Hügels befindet sich ein See, dessen Wasser in dieser Gegend seit langem wegen seiner Heilkraft berühmt ist. Eine Analyse des Wassers ergab keine Radioaktivität. Der Hügel liegt in einer Gegend, in der Kaffee, Zucker und Tabak angebaut wird. Da die Arbeitskräfte hier sehr billig sind, so wird die Radiumgewinnung mit verhältnismäßig geringen Kosten vonstatten gehen können, und es ist bereits eine Gesellschaft ins Leben gerufen, die dieses Unternehmen ausführt."

Der Kampf gegen die Lynchjustiz. Der eben erschienene amtliche Ausweis über die unheilvolle Praxis, die „Richter Lynch" im abgelaufenen Jahre in den Vereinigten Staaten wieder ausgeübt hat, bietet als einzigen Lichtblick die Mitteilung, daß die Zahl der Fälle, in denen es der Polizei gelang, die Lyncher an der Aus-

Frankreich, Rußland und Genua.

Ein Berliner Bolschewistenorgan, das den Ehrgeiz zu haben scheint, als sowjetoffiziös zu gelten, brachte vor kurzem Ausführungen über die Haltung der Sowjetregierung in der russischen Aufbaufrage und deutete an, die „deutsche Bourgeoisie" habe vor, Rußland mit Hilfe eines internationalen Konsortiums auszusaugen, um auf diese Weise seine Ententeschulden auf die Sowjetrepublik abzuwälzen. Dieser Plan müsse durch eine — russisch-französische Annäherung durchkreuzt werden. Die französische Bourgeoisie als der Retter Sowjetrußlands — der Gedanke ist so gut, daß die „Rote Fahne" den Aufsatz als Leitartikel übernimmt. Schade nur, daß man in Sowjetrußland etwas anders über diese Frage denkt. Die sowjetamtliche Moskauer „Iswestija" bezeichnet aus Anlaß der Genueser Konferenz die französische Bourgeoisie als den unversöhnlichsten Feind Sowjetrußlands. Frankreich werde sich an der internationalen Konferenz hauptsächlich zu dem Zwecke beteiligen, um den Friedensschluß zwischen Rußland und den anderen Staaten und die Anerkennung der Sowjetregierung zu hintertreiben. Sowjetrußland werde sich nach Kräften gegen diese Absichten Frankreichs wehren. Wer hat nun recht, das Berliner Sowjetorgan oder das Moskauer?

Poincaré, Renaudel und Heidenau.

Paris, 23. Januar. (WTB.) Der aus Deutschland zurückgekehrte Pierre Renaudel hat an Poincaré einen Brief gerichtet, den er im „Populaire" veröffentlichen läßt. Er wendet sich darin gegen die Behauptung Poincarés in seiner Parlamentsrede vom Donnerstag, die Arbeiter von Heidenau in Sachsen hätten, nachdem Renaudel vorher in Heidenau gesprochen habe, die Haubitzen und Lanzen versteckt. Renaudel erklärt, er habe nach dem Zwischenfall von Heidenau dort gesprochen. Die Tatsachen hätten sich also ganz anders vollzogen, als Poincaré sie im Parlament mitgeteilt habe.

Die Neuwahl des Papstes. Die Versammlung der Kardinäle zur Papstwahl wurde auf den 2. Februar angeordnet.

Eine bayerische Gesandtschaft in Stuttgart. Die bayerische Regierung hat dem Landtag den Entwurf einer Verordnung über die Errichtung einer bayerischen Gesandtschaft in Stuttgart vorgelegt. Die Errichtung der Gesandtschaft soll mit dem 1. Februar 1922 erfolgen. Sie wird dem Staatsministerium des Aeußern unterstehen und soll ihre Wirksamkeit auf Baden und Hessen ausdehnen.

Teilnahme von Schülern an politischen Veranstaltungen. Durch einen Erlaß des Unterrichtsministers Haenisch vom 11. März 1920 ist wahlunmündigen Schülern der Beitritt zu parteipolitischen Vereinigungen und die Teilnahme an ihren Veranstaltungen verboten. Eine amtliche Aufhebung oder Aenderung dieses Erlasses ist auch unter Haenisch Nachfolger im Unterrichtsministerium nicht erfolgt. Da fällt es auf, daß nach Meldung der „Kreiszeitung für die Ostpriegnitz" die Deutschnationale Volkspartei und die Deutsche Volkspartei in Wittstock auf eine Anfrage an den jetzigen Unterrichtsminister vor kurzem die drahtliche Antwort erhielten, daß den Schülern die Teilnahme an den Veranstaltungen politischer Parteien in Begleitung der Eltern gestattet sei. Diese neue Auslegung des Erlasses dürfte weitesten Kreisen unbekannt sein. Da doch wohl anzunehmen ist, daß sie nicht nur für Wittstock und nicht nur zugunsten der beiden Rechtsparteien gilt, so wäre erwünscht, daß das Unterrichtsministerium seinen jetzigen Standpunkt genau präzisiert und der Oeffentlichkeit bekannt gibt.

„Der Holzmarkt" brachte in letzter Zeit häufig Artikel, die sich in besonders scharfen Ausdrücken gegen einzelne Reichsbehörden wandten. Es ist dabei bemängelt worden, daß solche Artikel in einer Zeitung erschienen, die sich als „Amtliches Organ zur Bekanntmachung der Holzverkäufe der Preußischen Staatsforstverwaltung" bezeichne und damit, zum mindesten in nicht unterrichteten Kreisen, den Anschein erwecke, als sei sie auch in ihrem redaktionellen Teil ein amtliches Organ der Preußischen Staatsforstverwaltung. Diese Annahme ist nicht richtig. Die Preußische Staatsforstverwaltung hat mit dem redaktionellen Teil des „Holzmarktes" nichts zu tun. Um auch den Schein zu beseitigen, der durch den genannten Untertitel erweckt werden könnte, hat der „Holzmarkt" auf Veranlassung des Landwirtschaftsministeriums die Worte „Amtliches Organ der Preußischen Staatsforstverwaltung" in „Verkündungsblatt für die Holzverkäufe der Preußischen Staatsforstverwaltung" abgeändert.

übung ihrer Tätigkeit zu hindern, im Steigen begriffen ist. Im übrigen beträgt die Zahl der vollstreckten Lynchurteile immer noch 63, was gegen das Vorjahr sogar eine Zunahme um 2 Fälle bedeutet. Im Süden wurden 62 Personen, im Norden 1 gelyncht. Die Staaten Mississippi und Georgia stehen mit 14 und 11 Fällen an der Spitze der Liste. Von den gelynchten Personen waren 59 Farbige und 4 Weiße. Unter den Schwarzen befanden sich 2 Negerfrauen. Außerdem berichtet der amtliche Ausweis über 72 Lynchversuche, von denen 8 aus den Nordstaaten und 64 aus den Südstaaten zu verzeichnen sind. Diese Zahlen zeigen gegen das Vorjahr eine Zunahme von 16 Fällen. Angesichts der unhaltbar gewordenen Zustände hat sich die amerikanische Regierung endlich zu energischen Maßnahmen entschlossen. Im amerikanischen Kongreß wird zurzeit über ein Gesetz gegen die Lynchjustiz verhandelt, dessen Annahme gesichert ist. Es sieht für jeden Staat, in dem ein Lynchfall festgestellt wird, eine Geldstrafe von 10 000 Dollar vor. Außerdem bedroht es mit Gefängnisstrafe von fünf Jahren bis auf Lebenszeit jeden, der der Teilnahme an einem Akt der Lynchjustiz überführt wird, und belegt außerdem jeden staatlichen oder städtischen Beamten, der einer in den Händen des Mobs befindlichen Person nicht seinen Schutz angedeihen läßt, mit einer hohen Geldstrafe und Gefängnis von 5 Jahren aufwärts.

Der deutschnationale Vater spricht:

Es geht zu Ende mit mir, mein Sohn. Komm deshalb her zu mir, setze dich an mein Lager, höre die letzten Worte eines Sterbenden und grabe seine Mahnungen tief in dein Herz ein. Wir gelten augenblicklich nicht viel in Deutschland. Das war einmal anders. Setze darum alles daran und strebe mit ganzer Seele danach, daß das Alte wiederkommt. Senke den Haß gegen andere Völker in dein junges Herz und lasse ihn nur von dem Haß überboten werden, den du deinen republikanisch denkenden Volksgenossen entgegenbringst. Sprich viel vom Christentum: das ist eine alte Tradition in unserem Hause und nimmt sich gut aus. Verachte es aber im Innersten, denn seine Lehren sind nicht unseres Geistes. Rede vom Recht, solange du die Macht nicht hast, und liebe die Macht, denn sie ist köstlicher als das Recht. Ehre die Frauen, aber nur soweit sie deines Standes sind und halte sie auch dann nicht für gleichberechtigt. Achte das Alter, aber nur soweit es dienstälter ist. Habe Ideale, aber nur solche, die greifbare Werte verkörpern. Stiehl keine Löffel, auf daß du, wenn es wie früher wird, einen Führerposten dir stehlen kannst. Liebe dein Vaterland, aber nur so lange, als es sich in dir verkörpert sieht. Gehorche der Obrigkeit, aber nur so lange, als sie deinen Willen tut. Uebe Treue gegen alle, die dem Volke untreu wurden. Bilde deinen Geist, aber nur, daß du das Geistige zu widerlegen in den Stand gesetzt werdest. Verherrliche die Freiheit, die dich zum Gebieter macht. Segne die Gerechtigkeit, die dich zum Richter erhebt. Sohn, mein Atem geht schwerer .... schwöre mir in die Hand!

„Vater, ich schwöre dir!" Hans Bauer.

Das Moskauer Künstler-Theater wird nach Beendigung seiner skandinavischen Tournee und vor Antritt seiner Reise nach Nord-Amerika im Deutschen Künstler-Theater noch einige Abschiedsvorstellungen veranstalten. Der Beginn des kurzen Gastspiels ist auf den 4. Februar festgesetzt.

Das Unrecht am Saargebiet.

In der gestrigen Landtagssitzung führte Ministerpräsident Gen. Braun weiter aus: Auf dem Gebiete der Verwaltung und der Rechtspflege des Saargebiets ist die französische Loslösungsbestrebung in die Erscheinung getreten durch Schaffung einer selbständigen Saareisenbahndirektion und eigener Verwaltungsgerichte sowie eines saarländischen Höchsten Gerichtshofes in Saarlouis, dem als Präsident der als Gegner Deutschlands bekannte Schweizer Rippold sowie eine Anzahl von Richtern aus Luxemburg und der Tschechoslowakei aber nur ein Deutscher angehören! Die Schaffung eigener Versicherungsträger für das Knappschaftswesen und für die deutsche Sozialversicherung bilden weitere Schritte zur Abschnürung des Saarbeckens. Den Beamten, Angestellten und Arbeitern wird verwehrt, weiterhin ihren großen Berufsorganisationen und Gewerkschaften in Deutschland anzugehören. (Lebh. Hört! hört! links.) Den Gemeinden sowie sonstigen öffentlichen Anstalten und Körperschaften des Saargebiets ist untersagt, Unterstützungen aus Deutschland ohne Genehmigung der Regierungskommission anzunehmen oder zu beantragen. An einer Volksvertretung im Sinne eines Parlaments fehlt es im Saargebiet, obgleich im Friedensvertrage für gewisse Fälle, z. B. Gesetzesänderungen, Einführung neuer Abgaben, eine Anhörung der gewählten Vertreter der Bevölkerung vorgeschrieben wird. Die Regierungskommission hat vielmehr bis auf weiteres die Mitglieder des Kreistages und der Stadtverordnetenversammlung in Saarbrücken als diejenigen Stellen bezeichnet, die als gewählte Vertreter der Bevölkerung in jenen Fällen anzusehen seien. Bei einigen Gesetzesänderungen ist nicht einmal eine Anhörung der Bezirksvertretungen erfolgt, so z. B. nicht bei der Einführung der Frankentarife für Eisenbahn und Post. Das hat schließlich dazu geführt, daß die Kreistage es überhaupt abgelehnt haben, vorliegende Verordnungen zu begutachten. Diese Art der Gesetzgebung bedeutet die

völlige Unterdrückung des Mitbestimmungsrechtes

der Bevölkerung und hat eine tiefgehende Erregung in der Gesamtbevölkerung ausgelöst, so daß einige der als Vertreter der Bevölkerung und des Landes eingesetzten Organe einmütig bei dem Völkerbunde die Abberufung der jetzigen Mitglieder der Regierungskommission nach Ablauf ihrer Amtsdauer erbaten. Schon zur vorletzten Tagung des Völkerbundes in Genf wurden durch eine aus Vertretern fast aller politischen Parteien usw. zusammengesetzte Delegation die berechtigten Klagen der Bevölkerung über die Amtsführung der Regierungskommission unterstrichen und in einer Denkschrift die Nöte des Saarlandes, insbesondere die wirtschaftlichen, eindringlichst geschildert. Auch zur letzten Tagung des Völkerbundrates wurde wiederum durch eine neue Abordnung eine Denkschrift überreicht. Diese Abordnung wurde ausdrücklich von den Vertretungskörperschaften der Saarbevölkerung als ordnungsmäßig legitimiert anerkannt, obwohl die Regierungskommission durch Verbot von Kreistagssitzungen dies zu verhindern suchte. (Lebh. Hört! hört!) — In der Besetzung des Saargebietes durch französische Truppen erblickt nicht nur Deutschland eine

flagrante Verletzung des Friedensvertrages;

die Saarbevölkerung empfindet ihre dauernde Anwesenheit als einen schweren Druck. Der Friedensvertrag sieht nur örtliche ((saarländische) Gendarmerie vor! Es wäre sehr wohl im Saargebiet eine ausreichende Anzahl geeigneter Männer für die Aufstellung einer saarländischen Landjägerei zu finden. Wenn Frankreich jährlich etwa 40 Millionen Franken für den Unterhalt der Truppen aufwendet, so hat das in politischen Absichten den Hauptgrund. Man denke nur an die Handhabung der Militärdiktatur während der verschiedenen Streiks im Saarbecken und an die dabei geübte rigorose Ausweisungspolitik, an die drakonischen Urteile der französischen Kriegsgerichte, deren Zuständigkeit nunmehr vom Völkerbund eingeschränkt worden ist. Es ist übrigens festgestellt, daß diese angeblich nur zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung bestimmte Truppe sich mit der

Rekrutierung für die französische Fremdenlegion

befaßt. (Lebh. Hört! hört!) In fast alle leitende Verwaltungsstellen sind zum Teil in Widerspruch mit den seinerzeit den deutschen Beamten erteilten Zusicherungen Ausländer, und zwar fast durchweg Franzosen berufen worden.

Zur Verstärkung des französischen Einflusses tragen aber hauptsächlich wirtschaftliche Maßnahmen bei, die unter Verletzung des Friedensvertrages rücksichtslos getroffen und durchgeführt sind. Durch die von der Regierungskommission begünstigte oder direkt erzwungene

Einführung der Frankenzahlungen

hat sie eine große Verantwortung auf sich geladen. Nach dem Friedensvertrage ist die alleinige gesetzliche Währungsmünze im Saargebiet die deutsche Mark. Dem französischen Staat ist nur das Recht eingeräumt, sich zur Begleichung seiner Verbindlichkeiten, die mit der Ausbeutung der in seinen Besitz übergegangenen Saargruben zusammenhängen, des französischen Geldes zu bedienen. Von diesem Rechte hat die französische Grubenverwaltung schon bald nach dem Inkrafttreten des Vertrages Gebrauch gemacht, indem sie die Bezahlung der Kohlen in Franken forderte. Nur dadurch gelang es ihr in verhältnismäßig kurzer Zeit, den größten Teil der blühenden Saarindustrie in französische Hände zu bringen. Trotz anfänglicher Ablehnung der Arbeiterschaft wurde dann die Frankenlöhnung bei den Gruben- und Hüttenarbeitern eingeführt. Infolge der plötzlichen Steigerung der Kaufkraftigkeit dieser Kreise entstand eine

sprunghafte Verteuerung der gesamten Lebenshaltung

für die übrige Bevölkerung; die wirtschaftlichen und sozialen Gegensätze vertieften sich durch das Nebeneinander der beiden Zahlungsmittel außerordentlich. Gegen die Erhebung der Gebühren im Eisenbahn-, Post- und Telegraphenverkehr in Franken erhob die deutsche Regierung sowohl bei der Regierungskommission als auch beim Völkerbunde mit allem Nachdruck Einspruch und verlangte ihre Aufhebung. Die Regierungskommission rechtfertigte dem Völkerbundrat gegenüber ihre Maßnahmen damit, daß ihr nach § 33 des Saarstatuts zustehe, alle Zweifel über die Auslegung der vertraglichen Bestimmungen zu entscheiden. Der Völkerbundrat schloß sich diesen Darlegungen an und erklärte, daß zu irgendwelchen Bemerkungen des Völkerbundes keine Veranlassung sei. — Bei dieser Sachlage kann die Staatsregierung vorläufig nichts Wirksames gegen die verderbliche Vermehrung des Frankenumlaufs und die weitere Verdrängung der Mark unternehmen.

Unter schwerstem Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung

sind die Gemeinden gezwungen worden, ihre Beamtengehälter in Franken auszuzahlen, und zwar lediglich, um die politischen Ziele Frankreichs zu fördern. Bei der Wohnungszuweisung werden die Ausländer vorzugsweise berücksichtigt. Auch auf kulturellem Gebiet hat die Regierungskommission durch gegen die deutsche Schule gerichtete Vorstöße eine tiefe Erregung hervorgerufen, so durch die beabsichtigte Einführung obligatorischen französischen Sprachunterrichts in allen deutschen Volksschulen. Die Erregung veranlaßte sie dann zu einem Dementi; sie erklärte, daß nur freiwilliger französischer Sprachunterricht beabsichtigt sei. Die Staatsregierung wird die Saarbevölkerung in dem Kampfe um ihr heiligstes Gut, die deutsche Muttersprache, nachdrücklich unterstützen. Natürlich ersuchte die Regierungskommission auch,

die Presse gefügig zu machen.

Eine Reihe von Redakteuren und Verlegern der deutschgerichteten Blätter wurden ausgewiesen. Auch jetzt wieder hat die Regierungskommission gegen den Redakteur Braun der sozialdemokratischen „Saarbrücker Volksstimme", die sich durch ihre aufrechte Haltung besonders auszeichnete, die Ausweisung verfügt. Unter dem Drucke der öffentlichen Meinung mußte sie sie wieder zurückziehen, hat aber vor kurzem zum zweiten Male die Landesverweisung ausgesprochen. Dem einmütigen Eintreten der Saarpresse für die Aufrechterhaltung der bedrohten Pressefreiheit usw. ist es wohl zu danken, daß auch jetzt wieder die Ausweisung auf unbestimmte Zeit vertagt worden ist.

Die überzeugenden Darlegungen der wirtschaftlichen und politischen Vertretungen des Saarlandes werden hoffentlich auf die Dauer ihren Eindruck bei den Mitgliedern des Völkerbundes nicht verfehlen. Leider ist es noch nicht so weit. Denn der Völkerbundrat hat die Regierungskommission in ihrer bisherigen Zusammensetzung jüngst auf ein weiteres Jahr wiedergewählt. Das preußische Parlament und die preußische Regierung verfolgen mit innigster Anteilnahme den Kampf der Brüder an der Saar und wollen ihnen nach Kräften helfen, daß nicht aus diesem blühenden urdeutschen Lande ein zweites Oberschlesien oder gar eine französische Kolonie wird. Volk und Regierung sehnen die Stunde der Wiedervereinigung herbei. (Lebhafter Beifall im ganzen Hause. — Die Kommunisten hatten den Saal verlassen.)

Die Abgg. Mehlinger (Z.) und Dr. Bachem (Dnat.) schließen sich dem Proteste des Ministerpräsidenten an und ergänzen ihn teilweise, insbesondere bezüglich der schwarzen Schmach.

Abg. Hue (Soz.):

Wenn der Vorredner erklärt, daß er den Saarländern helfen wolle, so bitte ich ihn, seine Parteigenossen im Saargebiet zu veranlassen, möglichst wenig im Porzellanladen herumzuwüten und alles kaputt zu schlagen. Die Annexionisten in Deutschland arbeiten den französischen in die Hände. Auch Herr M. Spahn hat wie Tardieu den Nachweis versucht, daß das Saargebiet zu Deutschland gehört. Es fragt sich nur, bis zu welchem Zeitpunkt man zurückgeht. Mit solchen historischen Spielereien kommt man nicht weiter. Meine Parteifreunde haben sich stets gegen die annexionistische Propaganda auf das schärfste gewendet, die letzten Endes gegen Deutschland ausschlagen müßte. Die von der französischen Schwerindustrie finanzierten Annexionsbestrebungen auf das Saargebiet schaffen

eine neue dauernde Beunruhigung Europas.

Zu unserer Freude lehnen auch die saarländischen Unabhängigen die französischen Annexionsbestrebungen ab. Das gleiche tun mit Ausnahme des Parteisekretärs Walz die mir bekannten saarländischen Kommunisten. Mit der fünfzehnjährigen Besetzung des Saargebietes müssen wir uns abfinden. Wenn Deutschnationale, frühere Annexionisten, dagegen eine lebhafte Agitation treiben, so wird damit nur das Gegenteil der Absicht erreicht. Die Regierungskommission betrachtet sich als Vertreter des französischen Annexionismus, treibt das Land einer Katastrophe entgegen und hat es nunmehr erreicht, daß die Kreise, die bisher loyal mit der Regierungskommission zusammenarbeiten wollten, in die Opposition gedrängt worden sind. Hauptsächlich dazu geführt hat die völlige Außerachtlassung aller demokratischen Grundsätze und der Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung. Die schon vorhandene Wirtschaftskrise ist noch verschärft worden durch die Einführung der Frankenwährung. Sie hat eine gewaltige Teuerung hervorgerufen. So kostet im linksrheinischen Gebiet

der Zentner Kartoffeln 350 M.

Die saarländischen Bergarbeiter haben am ersten Januarsonntag gegen die Isolierung ihres Knappschaftswesens von der besseren deutschen Sozialgesetzgebung sehr heftigen Protest erhoben. Die Gruben gehören dem französischen Staat. Er ist daher an sich berechtigt, die Frankenwährung einzuführen. Für die Arbeiter brachte das zunächst Vorteile, die aber bald in das Gegenteil umschlugen. Ein Teil der saarländischen Bourgeoisie hat seine Bergwerksanteile an den französischen Kapitalismus abgetreten. Die saarländische Arbeiterbevölkerung hält dagegen treu zu Deutschland. Ein kleiner Teil ist allerdings durch die Manipulationen des Kapitalismus in einer Weise beeinflußt worden, die wir vom Standpunkt des Pazifismus aus verurteilen müssen. (Sehr richtig!) Die Einführung der Frankenwährung bedeutet für die Kohle eine Erschwerung des Absatzes, und zwar nicht nur für den Absatz nach Deutschland, sondern auch für den Absatz nach dem Westen. Die französische Eisenindustrie wehrt sich gegen die Einfuhr des saarländischen Eisens und Stahls. Wie soll da dieses zwischen Franken- und Markwährung eingeklemmte Land wirtschaftlich existieren? Die französische Industrie

braucht die Saarkohlen gar nicht,

wenn auch die französischen Annexionisten das immer wieder behauptet haben. Der französische Gewerkschaftsführer Merrheim, der Vorsitzende des Metallarbeiterverbandes, vertritt in dieser Frage dieselbe Auffassung wie die deutschen Gewerkschaftler. Das Saargebiet wird 15 Jahre lang zu treuen Händen vom Völkerbunde verwaltet. Es ist ganz gleichgültig, ob wir Vertrauen zu ihm haben oder nicht. Da er 15 Jahre über das Saargebiet, über Oberschlesien usw. zu entscheiden hat, wäre es für die deutschen Interessen viel wirksamer, wenn Deutschland als Mitglied des Völkerbundes sich auch das Mitverwaltungsrecht an diesen Gebieten sichern würde. Und gerade wenn wir vom Völkerbunde das Schlimmste befürchten, gerade dann müssen wir beitreten, um als Mitglied die Rechte der saarländischen Bevölkerung zu schützen. (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

Nach weiteren Ausführungen der Abgg. Eickhoff (D. Vp.), Jansen (Dem.), Otter (U. Soz.) und Dahlem (Komm.) schließt die Aussprache.

Es folgt die gemeinsame Beratung der Anträge verschiedener Parteien über die besetzten Gebiete und der Großen Anfrage über die Ueberwachung der Schulen des besetzten Gebietes durch einen Ausschuß der Rheinlandkommission.

Minister des Innern Severing:

Gegen den Rechtsbruch der Besetzung von Düsseldorf hat die Staatsregierung leider vergeblich bei der Interalliierten Kommission Verwahrung eingelegt. Sowohl von der Reichsregierung wie auch von dem Staatskommissar für das besetzte Gebiet wird bei der Rheinlandkommission dauernd auf die großen Lasten hingewiesen, die durch die militärischen Zwangsmaßnahmen hervorgerufen worden sind, und Abhilfe verlangt. Für die Errichtung von neuen Schießplätzen und Flugplätzen kann gar kein Bedürfnis mehr vorliegen. Das Staatsministerium verfolgt die Gefahr einer Ueberfremdung mit größter Aufmerksamkeit. Im Rheinland herrschen Zustände, die vielfach in Widerspruch mit dem Wortlaut des Rheinlandabkommens stehen. Die Versuche,

rheinisches Gebiet vom Reich loszulösen,

kann nur die rheinische Bevölkerung selbst dadurch bekämpfen, daß sie ihrem Vertrauen zur Reich- und Staatsregierung Ausdruck gibt. Wenn auch die Staatsregierung weiß, daß ein Teil der rheinischen Bevölkerung sich nicht mit dem preußischen System befreunden kann, so weiß sie andererseits auch, daß eine Lösung dieses Problems von der rheinischen Bevölkerung nicht gesucht wird, solange eine fremde Macht ihre Truppen auf rheinischem Gebiet beläßt. (Sehr richtig!)

Kultusminister Boelitz: Die Entschließung der Rheinlandkommission, einen Untersuchungsausschuß zur Ueberwachung des Schulunterrichts im besetzten Gebiet einzurichten, bedeutet einen Uebergriff, der weder mit dem Friedensvertrag, noch mit dem Rheinlandabkommen zu vereinbaren ist.

Abg. Schmidt-Cottb. (Z.) beantragt namens des Zentrums, den Gemeinden die ihnen auferlegten 20 Proz. der Wirtschaftsbeihilfen für die Beamten des besetzten Gebietes abzunehmen und sie aus Staatsmitteln zu bestreiten.

Die Aussprache wird abgebrochen. Das Haus vertagt sich auf Dienstag 12 Uhr: Weiterberatung, Abstimmung über Strafverfolgung Eberlein.

Gewerkschaftsbewegung

Bautechniker und Wiederaufbau.

In einer Versammlung der Fachgruppe Baugewerbe des Bundes der technischen Angestellten und Beamten am 20. Januar sprach Architekt Kaufmann, ein Mitglied der vom ADGB. und AfA-Bund eingesetzten Kommission zur Förderung des Wiederaufbaues der zerstörten Gebiete Nordfrankreichs, über die Verhandlungen in Paris und Frankfurt a. M., sowie über die Eindrücke, die die deutsche Delegation in Paris und in den zerstörten Gebieten empfangen habe. Aus den Ausführungen ging hervor, daß sowohl bei den deutschen wie bei den französischen Arbeitern und Technikern bis hinauf in die Kreise der führenden Technikerschaft der ernste Wille vorhanden ist, eine

Politik der Verständigung und Versöhnung

zu treiben, die im gemeinsamen Wiederaufbau der zerstörten Gebiete ihren praktischen Niederschlag finden soll. Es war ein düsteres Bild, das Kaufmann von den Kriegszerstörungen in Nordfrankreich den Anwesenden vor Augen führte. Das Elend der in Wellblechbaracken, primitiven Bretterhäusern und dumpfen Kellerlokalen hausenden Menschen die aber trotzdem zähe an ihrer Scholle kleben, sei unbeschreiblich und fordere das rein menschliche Solidaritätsgefühl der Deutschen diesen unglücklichen, vom Kriege besonders hart betroffenen Bewohnern gegenüber geradezu heraus. Die Schuld, daß beim Wiederaufbau nicht mehr geschehen ist und von den mehr als 600 000 teils gänzlich zerstörten, teils bis zur Unbewohnbarkeit beschädigten Häusern

so gut wie nichts wiederhergestellt

wurde, liegt aber ausschließlich bei den Großkapitalisten und deren Anwälten. Kaufmann schilderte sehr eindringlich die schwierigen Verhandlungen der deutschen und französischen Arbeiterführer seit der Zeit des Friedensschlusses bis heute und erbrachte den Nachweis dafür, daß das arbeitende Volk in Frankreich sich immer mehr vom Haßgedanken abwendet und einen wahren Friedenszustand herbeisehnt. Unter der Regierung Poincaré werde freilich die Verwendung freier deutscher Arbeitskräfte kaum zu erwarten sein. Dann aber wird sich

die Bewegung der Geschädigten

nur noch energischer gestalten und sich durchsetzen. Der Umschwung der öffentlichen Meinung in Frankreich gegen früher sei unverkennbar, weshalb auch die Frankfurter deutsch-französische Konferenz sich durch die Maßnahmen der Chauvinisten und Friedensfeinde nicht abhalten lasse ihre Arbeiten fortzusetzen. Diese werden soweit gefördert, daß, sobald die Voraussetzungen in Frankreich dafür gegeben sind, sofort mit der praktischen Aufbauarbeit begonnen werden kann. Es sei ein erfreuliches Zeichen der wachsenden Erkenntnis der

Notwendigkeit eines friedlichen Zusammenwirkens

beider Völker, daß nunmehr nicht nur in den Gebieten der wiederholt genannten 11 Dörfer, sondern auch an anderen Stellen der langen Front die Frage der Beteiligung deutscher Arbeitskräfte von den Geschädigten leidenschaftlich erörtert wird. So habe u. a. auch ein Vertreter des Gebietes am Chemin des Dames in Frankfurt zum Ausdruck gebracht daß auch in der dortigen Gegend die Deutschen als Helfer willkommen geheißen würden. In Frankreich führen

die Confédération générale du Travaille

und die Ufica, die gewerkschaftlichen Organisationen der Hand- und Kopfarbeiter, im engsten Zusammenwirken mit dem Aktionskomité der Sinistrés einen scharfen Kampf gegen die herrschenden Gewalten, der auf die Dauer nicht erfolglos bleiben kann.

Mit einem Ausblick auf die düster vor uns liegende Zukunft und einem Appell an die internationale Solidarität aller Völker, bei der die deutschen Techniker ganz gewiß nicht zurückstehen, schloß Kaufmann seine 1½stündigen mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen.

Es ist beabsichtigt, diese Frage demnächst noch vor einem größeren Kreis der Berliner Funktionäre der Technikerorganisation zu erörtern.

Zulagen für Zeitungsausträgerinnen.

Die im Deutschen Transportarbeiterverband organisierten Zeitungsausträgerinnen nahmen den Bericht über die Verhandlungen mit den Unternehmern entgegen. Die neuen Bedingungen treten ab 1. Januar 1922 in Kraft und gelten bis 31. März 1922. Die Firmen Rudolf Mosse, A. Scherl G. m. b. H., Ullstein A.-G. zahlen für 100 Exemplare und Monat bei einmaligem Austragen 175 M., bei zweimaligem Austragen 350 M. Die Teuerungszulagen von 20, 22, 23 M. pro Monat bleiben bestehen, ebenfalls die Extraentschädigung von 8 M. für das Sonntagsmorgenaustragen sowie die Entfernungsgelderzuschläge in den Vororttouren.

Mit der Zeitungszentrale (Z. Z.) A.-G. wurde vereinbart, daß pro Exemplar und Monat gezahlt wird bei einmaligem Austragen 2 M., bei zweimaligem Austragen 4 M. unter Fortfall der Teuerungszulage. Für das Inkasso der Abonnementsbeträge 20 M. pro Monat und Tour extra. Die Extraentschädigung für das Sonntagsmorgenaustragen von 8 M. bleibt bestehen sowie die Entfernungsgelderzuschläge in den Vororttouren. Für die Zeitungsausträgerinnen der Verlagsgenossenschaft „Freiheit" wird am 1. Januar 1922 für zweimaliges Austragen pro Exemplar und Monat 4 Mk. sowie 20 Pf. Kassiergeld pro Exemplar und Monat gezahlt. Die Sonntagsextraentschädigung von 8 Mk. bleibt bestehen sowie die Entfernungsgelderzuschläge.

Konflikt in der Lederwarenindustrie Berlins?

In einer am Sonntag stattgefundenen Versammlung bei Boeker berichtete der Vorsitzende K. Blume über die Reichstarifverhandlungen in Eisenach. Diese Verhandlungen sind gescheitert, da die Unternehmer nicht gewillt waren, die bisherigen Löhne zu erhöhen. Sie beantragten, Mitte Februar wieder zusammenzutreten. Die Arbeitervertreter lehnten eine Vertagung ab und kennzeichneten das Verhalten des Unparteiischen, der sich auf die Seite der Unternehmer stellte, in gebührender Weise. Dies gab den Arbeitgebern Veranlassung, dem Unparteiischen ihr vollstes Vertrauen auszusprechen. Sie verlangten von den Arbeitnehmern dasselbe. Dies geschah natürlich nicht, daraufhin trat der Vorsitzende von seinem Amte zurück, so daß die Verhandlungen vertagt werden mußten.

Die Diskussion der stark besuchten Versammlung war sehr lebhaft. Allgemein wurde verlangt, das provozierende Verhalten der Unternehmer sofort mit Arbeitsniederlegung zu beantworten. Schließlich wurde einstimmig beschlossen, am Montag die zentralen Forderungen den Arbeitgebern im Betrieb zu überreichen mit Frist bis Dienstag abend. Sollten die Unternehmer es ablehnen, bis zu diesem Tage eine Antwort zu geben, so werden die Arbeitnehmer in einer zum Mittwoch vormittag angesetzten Versammlung Stellung zur Situation nehmen und ein Kampf dürfte dann, nach der Erbitterung der Kollegen zu urteilen, unvermeidlich sein.

Der Konflikt in Nordwestböhmen beigelegt.

Der wegen der Arbeitsordnung zwischen dem Internationalen Metallarbeiterverband und dem Verbande der Eisen- und Metallindustriellen in Teplitz ausgebrochene Konflikt wurde gestern durch Verhandlungen, die in Teplitz zwischen beiden Organisationen stattfanden, beigelegt. Die strittige Arbeitsordnung wurde beseitigt, die entlassenen Vertrauensmänner wieder eingestellt und über die noch offenen geringeren Streitfragen wird die Paritätskommission wieder verhandeln.

Das Freigewerkschaftliche Jugendkartell hielt am 18. Januar im Gewerkschaftshaus eine Vollversammlung ab, die zur Frage der Schülerausschüsse in Fach- und Berufsschulen Stellung nahm. Ueber die vom Reichsausschuß der Arbeiterjugendorganisationen unter Hinzuziehung von Fachleuten aufgestellten Forderungen referierte Kollege Maschke. Ausgehend vom Unterschied zwischen dem Schulwesen der Vorkriegszeit und dem heutigen betonte er, daß das Prinzip der Selbstverwaltung auch in den Fortbildungsschulen Platz greifen müsse. Die Schülerausschüsse sind ein erzieherisches Mittel zum Verantwortungsgefühl und zur Solidarität. Auch von den Lehrern müsse erwartet werden, daß sie an dieser Aufgabe gemeinsam mit den Schülern arbeiten. Die Diskussion war sehr rege. Allgemein wurde die weitgehendste Unterstützung durch die Gewerkschaften gewünscht. Die Mahnung eines Redners, die Fortbildungsschule nicht etwa zum Tummelplatz politischer Richtungen zu machen, fand weiteste Beachtung. Die Jugend soll und muß ihre Selbständigkeit beweisen, sich bemühen, den Sinn der Sache zu sehen, damit sie selbständig und schöpferisch wirken kann. Die Kartelldelegierten werden die aufgestellten Richtlinien in den einzelnen Industriegruppen besprechen. Der Ausschuß wird mit der Schuldeputation und den entsprechenden Behörden in Unterhandlung treten und dafür sorgen, daß die Richtlinien zur Anwendung kommen.

Begrüßt wurde die Mitteilung von der am 24. Januar erfolgenden Konstituierung des Ortsausschusses der Arbeiterjugendorganisationen. Dieser Ausschuß bietet die Möglichkeit zum engen Zusammenschluß und zur Zusammenarbeit der proletarischen Jugend und wird, hoffentlich getragen von diesem Bewußtsein, seine Arbeit aufnehmen.

Einem Antrag, um das Interesse für wirtschaftliche und sozialpolitische Dinge in Jugendkreisen mehr zu wecken, öffentliche Versammlungen zu veranstalten, wird zugestimmt.

Drohender Textilarbeiterstreik in M.-Gladbach. Nachdem der zum 1. Januar drohende große Ausstand der Textilarbeiter in M.-Gladbach noch verhindert werden konnte, steht, wie die „Deutsche Konfektion" meldet, für den 1. Februar eine neue Arbeitsniederlegung bevor. Die Gewerkschaften der Textilarbeiter haben für diesen Zeitpunkt wiederum ihre Kündigung eingereicht, wenn ihnen nicht wesentliche Zugeständnisse bezüglich Löhne und Arbeitszeit gemacht werden. Sie fordern eine Heraufsetzung der tarifmäßigen Akkord- und Zeitlohnsätze um 15 Proz.; eine Herabsetzung der Wochenarbeitszeit von 48 auf 46 Stunden und sechs Arbeitstage als Ferien anstatt vier Tage.

Ende des Uhrenarbeiterstreiks. Die in Donaueschingen unter Mitwirkung der württembergischen und badischen Regierung geführten Verhandlungen haben zu einer Beendigung des Schwarzwälder Uhrenarbeiterstreiks geführt. Ein großer Teil der Betriebe hat bereits die Arbeit wieder aufgenommen.

Zentralverband der Zimmerer Deutschlands. Nachdem der Streik am 11. Januar beigelegt ist, machen wir darauf aufmerksam, daß nach dem 27. d. M. Auszahlung von Streikgeld nicht mehr stattfinden kann. Die Kassierer ersuchen wir, Fahrgelder und Entschädigungen der Streikleitungen persönlich abzuholen.

Deutsche Filmgewerkschaft. Ueber die Kasino-Lichtspiele, Berlin, Yorckstr. 5, ist wegen Lohndifferenzen die Sperre verhängt.

SPD.-Buchbinder! Erscheint zahlreich und pünktlich in der am Donnerstag 4½ Uhr im Deutschen Hof, Luckauer Straße, stattfindenden Branchenversammlung. Flugblätter sind Dienstag und Mittwoch ab 4 Uhr bei Reimer, Kommandantenstr. 46, abzuholen.
Aktionsausschuß.

Deutscher Transportarbeiterverband. Vertrauenspersonen der Firmen Rud. Mosse, Scherl, Ullstein: Heute 7½ Uhr im Vereinshaus Südost, Melchiorstraße 15. Bericht über die Verhandlungen mit den Unternehmern. — Branche der Geschäftskutscher, Lagerarbeiter usw.: Mittwoch 7 Uhr im Englischen Hof, Alexanderstr. 27. Gruppe Rohprodukte. Versammlung. Bericht von der letzten Lohnverhandlung. — Glas- und Teppichreinigungsbranche: Mittwoch 4 Uhr bei Rönisch, Inselstr. 1b, Erweiterte Branchenleitungssitzung. 6 Uhr im selben Lokal Funktionärversammlung.

Reparaturschuhmacher. Heute vorm. 9 Uhr im Gewerkschaftshaus. Fortsetzung der Streikversammlung vom Montag.

Verband der Sattler, Tapezierer und Portefeuiller. Alle in der Metallindustrie beschäftigten Sattler und Tapezierer, heute 6 Uhr Versammlung bei Krummbach, Warschauer Str. 61.

Gewerkschaftsunterkommission Neukölln. Mittwoch 7 Uhr im Kaiser-Friedrich-Realgymnasium, Kaiser-Friedrich-Str. 208, Sitzung.

Zentralverband der Angestellten. Mittwoch. Jugend: Oeffentliche Versammlung 7 Uhr im Friedrich-Werderschen Oberrealgymnasium, Niederwallstr. 12. — Donnerstag. Export: Mitgliederversammlung 6 Uhr in Haverlands Festsälen, Neue Friedrichstr. 35, Eingang Rochstraße. — Immobiliengeschäfte, Häuserverwaltungen, Hypotheken-Maklergeschäfte: Oeffentliche Versammlung 7½ Uhr in den Arminsälen, Kommandantenstr. 58/59.

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter. Donnerstag 4½ Uhr im Deutschen Hof, Luckauer Str. 15, Branchenversammlung aller in Buchbindereien, Geschäftsbuchfabriken und Buchdruckereien beschäftigten Buchbinderpersonale.

Verantw. für den redakt. Teil: Franz Klühs, Berlin-Lichterfelde; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3.
Hierzu 1 Beilage.

Panflavin-Pastillen
(ges. geschützt)
zur Desinfektion der Mund- und Rachenhöhle
besonders bei
Grippe, Halsentzündung, Verschleimung
Erhältlich in den Apotheken u. Drogerien

Stoffe für Herren- u. Damen-Bekleidung
beste Fabrikate, große Auswahl, Verkauf meterweise
Koch & Seeland G. m. b. H.
Gertraudenstraße 20–21

Bezirksverb. Berl. aSPD.
Neukölln.
[illegible] Abt. [illegible] Bez.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Genosse 1/16
Aug. Beckmann
Maribelstraße 14, am 19. Jan. gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 24. Jan., nachm. 3 Uhr, von der Halle des Neuköllner Gemeindefriedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.
Um rege Beteiligung bittet
Der Abt.-Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Schweißer
Walter Dreßler
Neukölln, Kopfstr. 9, am 19. d. M. gestorben ist.
Die Einäscherung findet am Dienstag, 24. Januar, mittags 12 Uhr, im Krematorium Baumschulenweg, Kiefholzstraße, statt.
Ferner starb unser Kollege, der Gürtler
Julius Gürtler
[illegible]straße 24, am 20. d. M.
Die Einäscherung findet am Freitag, 27. Januar, nachm. 4 Uhr, im Krematorium Baumschulenweg, Kiefholzstraße statt.
Ehre ihrem Andenken!
Rege Beteiligung erwartet 111/7
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin N 54, Linienstraße 83-85.
Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr
Telephon: Amt Norden [illegible]
Achtung! Achtung!
Betriebsräte der Untergruppe 22.
(Herstellung von Heizungs-, sanitären Gas- und Wasserleitungsanlagen.)
Mittwoch, den 25. Januar, abends 7 Uhr, im Sitzungssaal, Linienstr. 83/85.
Versammlung.
Tagesordnung: Neuwahl der Untergruppenleitung. Gruppenangelegenheiten.

Achtung! Vertrauensleute. Achtung!
Die Kollegen, welche noch nicht im Besitz des Flugblattes betreffs Beitragserhöhung sind, werden ersucht die Flugblätter umgehend im Bureau, Zimmer 5, abzuholen.

Achtung! Bezirkskassierer. Achtung!
Die Ausgabe der neuen Beitragsmarken zu 6, 5 und 1,20 M. erfolgt von heute Dienstag, den 24. Januar, ab im Bureau.
111/5 Die Ortsverwaltung.

Funktionäre des Metallkartells
Mittwoch, den 25. Januar, abends 7 Uhr, im Saale der Schultheiß-Brauerei, Hasenheide:
Funktionär-Versammlung
aller Funktionäre aus den Betrieben, welche dem DBMJ. angeschlossen sind und zum Metallkartell gehören.
Tagesordnung: Stellungnahme zum Ergebnis der Verhandlungen zwischen dem DBMJ. und dem Metallkartell.
Zutritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsausweises einer dem Metallkartell angeschlossenen Organisation und der mit dem Stempel DBMJ. versehenen Funktionärkarte.
Das Metallkartell. 111/6
J. A.: Deutscher Metallarbeiter-Verband.

D. R. G. M.
Allen voran
beim Einkauf von
Brillanten, Platin
Gold- u. Silber-Bruch
Uhren, Zahngebissen, Ketten, Münzen
die führende Firma
Juwelier H. Wiese
Artilleriestraße 30
5 Minuten vom Bahnhof Friedrichstraße
u. Passauer Str. 12
(Ecke Augsburger Straße)
1 Minute v. Wittenbergpl. — Bahnhof Zoo unmittelbar Nähe Kadewe
handelsgerichtlich eingetragen.
Telephon Norden [illegible]

Inseriere im Vorwärts
Großer Erfolg!
Inseraten-Annahme in der Hauptexpedition Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, sowie in sämtlichen Geschäftsstellen der Zeitungs-Zentrale (Z. Z.)

Krankenkasse der Personen-Lohnfuhrwerks-Innung zu Berlin
Bekanntmachung.
Durch Gesetz vom 14. Dezember 1921 ist eine Erhöhung der Grundlöhne für die Krankenversicherung bestimmt worden. Hierdurch wird eine Aenderung der Lohnstufen, der Beiträge sowie der Unterstützungsbeiträge in folgender Weise vom 1. Februar 1922 notwendig:

Lohnstufe	Kassenmitglieder mit einem Entgelt von Mark	Grundlohn	Beitrag für 1 Arbeitstag	Krankengeld tägl.	Sterbegeld Mitgl. M	Sterbegeld [illegible]
A	Lehrl. ohne Entg.	1	0.05	—	80	90
I	bis 6	6	0.36	3	120	240
II	6.01 „ 12	12	0.72	6	240	480
III	12.01 „ 18	18	1.08	9	360	720
IV	18.01 „ 24	24	1.44	12	480	960
V	24.01 „ 30	30	1.80	15	600	1200
VI	30.01 „ 36	36	2.16	18	720	1440
VII	36.01 „ 42	42	2.52	21	840	1680
VIII	42.01 „ 48	48	2.88	24	960	1920
IX	48.01 „ 54	54	3.24	27	1080	2160
X	mehr als 54	60	3.60	30	1200	2400

Berlin, den 20. Januar 1922. 161/15
Ludwig Stren, Vorsitzender.

Zähne 8 M. Brückenarbeiten, Ausführ., 5 J. Garantie. Umarbeitung al. Gebisse. Reparat. of. Goldkronen, Brücken. Teilzahl. 9–7 Sonntags 9–1.
Hempel, Dentist, Linienstr. 220 nahe Schönhauser Tor.

Neue Bücher über Schule und Erziehung
Konrad Haenisch: Neue Bahnen der Kulturpolitik Preis: 18 Mk.
Joh. Hoffmann: Schule und Lehrer in der Reichsverfassung Ein Kommentar Preis: br. 10 Mk. geb. 15 Mk.
Fritz Karsen: Die Schule der werdenden Gesellschaft Preis: 7 Mk.
Buchhandlung Vorwärts Berlin SW 68 Lindenstr. 3

Die höchstzahlende Stelle der führenden Firmen!
Brillanten
Perlen, Juwelen jeder Art, Platin-, Gold-, Silber- (Bruch u. Gegenstände), goldene Uhren, Ketten, Ringe, Münzensammlungen, insbes. große Objekte, sofortige bare Auszahlung ohne Rücksicht der Höhe. Verlust erleiden Sie stets, wenn Sie nicht zu uns kommen. Pfandscheine lösen ein und zahlen den Wert zu.
„Berliner Juwelen-Verwertungsstelle"
1. Spezialgeschäft f. d. den Ankauf großer Objekte
Laden part. Lützowstr. 92 Laden part.
ein Haus vor der Potsdamer Straße, neben der Konditorei
Geöffnet von 8–7 Uhr

Musiker! alle Gelegenheiten stellt die Ortsverwaltung d. Deutschen Musiker-Verbandes, Kaiser-Wilhelm-Str. 31, Norden [illegible].

Vorwärtsstrebende und Erfinder
[illegible] Verbesserungen [illegible]. Aufklärung u. Anregung [illegible]. Ein neuer Geist? [illegible] F. Erdmann & Co. [illegible]str. 71

Tauben-Zentrale
Neukölln, Knesebeckstr. 7. An- u. Verkauf von Jungtauben. [illegible]

Münzen Sammlungen kauft Ball. Berlin, Wilhelmstr. 46-7
Münzen Handlung

Bettwäsche zu Fabrikpreisen! Damenhemden, Handtücher, Tischtücher! Ausschneiden! Vergüte 6%
Eckebrecht Hasenheide 63

Spezialarzt Dr. Feldmann
behand. schnell gründlich, mögl. schmerzl. u. ohne Berufsstörung. Geschlechtskrankheiten, sch. Haut-, Harn-, Frauenleiden, Schwäche. Erpr. Methoden Harn- u. Blutuntersuchung
Königstr. 34-36 Bahnhof Alexanderpl. Sprechz. 10-1, 5-7½. Sonnt. 10-1

Naturarzt und Homöopath
Dr. O. H. Ziemann Ansbacher Str. 8 (Nollendorfplatz)
für alle Krankh. Giftfr. Behandlg. ohne Einspritzg.
Geschlechts-krankh., Haut-, Harnleid., Syphilis, Mannesschw., Frauenleid., Störung. Wechsl. usw. — Sprechstd. 10½–1½, 3–6, Sonnt. 11–12

Im Hauptquartier der Krankenkasse.

Der Einfluß der Grippeerkrankungen. — Die Flut der Umregistrierungen.

In der Klosterstraße ragt zwischen der alten Klosterkirche und der Parochialkirche ein im gotischen Stil gehaltener Backsteinbau auf. Ständig strömen hier Menschen hinein und heraus. Die beiden Flügeltürenpaare stehen besonders um die Mittagszeit herum nicht still. Hier hat die Allgemeine Berliner Ortskrankenkasse ihr Hauptquartier aufgeschlagen. In drei Stockwerken arbeiten die Angestellten der Kasse hinter hohen Holzwänden, die in gewissen Abständen von Schaltern unterbrochen sind, an denen sich die leidende Menschheit drängt, um ihre Krankenscheine oder das Krankengeld in Empfang zu nehmen, An- und Abmeldungen zu erledigen oder Beschwerden anzubringen und außerdem auf tausend verschiedene Fragen Auskunft zu geben. Um 1 Uhr soll die Kasse für das Publikum geschlossen werden. Aber der Uhrzeiger hat die erste Nachmittagsstunde längst überschritten, und immer noch drängen sich vor einzelnen Schaltern die Leute, die auf ihre Abfertigung warten.

Vor den Schaltern.

Wer zum erstenmal diese weißgetünchten Räume betritt, in deren Mitte eine Normaluhr das Vorrücken der Stunden anzeigt, wird ihm zunächst unverständlich erscheinende Schilder bemerken, deren Aufschrift fremd und geheimnisvoll anmutet. Zum Beispiel: Jan—Jz, Ku—Kla oder Henk—Hz—Ja—Jend. Eine Frau konnte sich bei der Menge von Schaltern nicht zurechtfinden. Sie fragte endlich ganz verschüchtert, an wen sie sich dann wenden soll. „Was wollen Sie?"

„Ich möchte 'nen Krankenschein haben.:

„Für wen denn?"

„Für meinen Sohn."

„Wie heißt er denn?"

„Max."

„Ich meine mit Familiennamen."

„Ach so — Jahnke."

„Na lesen Se mal da oben, da steht: Jan—Jz, d. h. daß sich da die Kranken zu melden haben, deren Namen mit Jan anfängt, und alle die, deren Namen im Alphabet hinter Jan kommen, also mit J anfangen und mit z aufhören."

„Na, das soll einer wissen. Dank auch schön."

Auf den Bänken sitzen geduldige Seelen. Andere wieder betrachten mit mehr oder weniger Interesse die an den Wänden aufgehängten Tafeln, die die Folgen des Alkoholmißbrauches aufzeigen oder den Nährwert der einzelnen Nahrungsmittel angeben u. a. m. Wenn man durch die schmalen Schalter blickt, sieht man an zahlreichen Tischen die Angestellten bei der Arbeit. Die umfangreichen Kartotheken enthalten Tausende von Karten, auf denen jedes Mitglied genau verzeichnet ist. Es erfordert sicher ein hohes Maß von Aufmerksamkeit und Pflichttreue, diese Karten auf dem laufenden zu halten. Hin und wieder schleichen sich aber doch Fehler ein. Wenn diese Mängel dann zu Beschwerden Veranlassung geben, tritt die Beschwerdestelle in Tätigkeit, die im 2. Stockwerk eingerichtet ist und deren Schalter ebenso wie die der Auskunft ständig belagert sind. Die Beamten müssen gute Nerven haben, um diesen Sturm von Fragen, die durchaus nicht immer in ruhiger, sachlicher Weise vorgebracht werden, ertragen zu können. Auch hier erlebt man noch zuweilen das sattsam bekannte Schauspiel, daß das Publikum, besonders das weibliche, bei erregtem Wortwechsel, ohne den Sachverhalt zu kennen, gegen die Beamten Stellung nimmt. Es fehlt immer noch sehr an der nötigen Objektivität, trotzdem gegen die früheren Jahre schon eine gewisse Besserung zu verzeichnen ist.

Arbeitsüberlastung durch die Grippe.

Die Arbeit, die die Kasse in den letzten Monaten zu bewältigen hatte, ist außerordentlich umfangreich. Zunächst hatte die Grippeepidemie eine starke Belastung hervorgerufen. Aus der Statistik der Allgemeinen Ortskrankenkasse ist zu ersehen, daß die schlimmsten vorangegangenen Jahre übertroffen wurden. So betrug z. B. die Zahl der arbeitsunfähig krank Geschriebenen am 5. Januar v. J. 25 397, am 9. Januar d. J. waren nicht weniger als 40 194 Erkrankungen zu verzeichnen. Nicht eingerechnet in diese Zahl sind die arbeitsfähigen Kranken, denen u. a. nur Medikamente oder Bäder verschrieben werden. Diese Flut der Erkrankungen hatte eine ungeheure Schreibarbeit im Gefolge, die nur mit Aufbietung aller Kräfte bewältigt werden konnte, was um so schwieriger war, als auch ein Teil der Kassenangestellten ebenfalls von der Grippe befallen war. Ein großer Teil dieser Meldearbeiten wird auch in den dreizehn Zahl- und Meldestellen erledigt, die in den verschiedenen Stadtteilen untergebracht sind. Auch dort ist das gleiche Bild festzustellen wie in der Zentrale. Lange nach 1 Uhr stehen noch die Nichtabgefertigten wie eine Mauer, und die Angestellten haben mit aller Anspannung zu schaffen, ohne es den Wartenden, denen selbstverständlich die Zeit viel zu lang wird, recht machen zu können. Trotzdem immer wieder darauf hingewiesen wird, daß bei Sendungen mit der Post Vor- und Zuname und die genaue Adresse des Absenders in leserlicher Schrift sowie die Mitgliedsnummer oder das Aktenzeichen der Kasse angegeben werden müssen, wird das täglich in Hunderten von Fällen unterlassen und durch Suchen und Nachschlagen eine nicht zu unterschätzende, aber völlig überflüssige Mehrarbeit verursacht.

Ständige Aenderungen.

Außer dieser durch die Erkrankungen hervorgerufenen Belastung müssen mehr als eine halbe Million Mitglieder in andere Beitragsstufen eingereiht werden, da infolge der Geldentwertung die frühere Stufeneinteilung nicht aufrechterhalten werden konnte. So sind alle, die unter 40 000 M. Jahreseinkommen haben, vom Arbeitgeber als Pflichtmitglieder anzumelden, und sie selbst müssen sich, falls sie freiwillige Mitglieder waren, abmelden. Alle diese Meldungen werden in der Klosterstraße gesammelt und auf die Mitgliedskarten verzeichnet. Dann gehen sie nach der Zentrale für das Rechnungswesen in der Köpenicker Straße und werden dort in die Heberegister eingetragen. Besondere Mühe verursacht die Registrierung der Hausangestellten, die Kost und Logis bekommen, da sich hier das wirkliche Einkommen schwer schätzen läßt. Wenn diese umfangreiche Arbeit erledigt ist, wird vielleicht schon wieder eine neue Aenderung in der Festsetzung der Beiträge usw. durchgeführt werden müssen. So zeigen sich die Folgen der unstabilen Währung auch in den Arbeitsräumen der Allgemeinen Berliner Ortskrankenkasse.

Wenig Verstöße gegen die Kassenordnung.

Verstöße gegen die Vorschriften der Kasse werden verhältnismäßig wenig gemeldet. Es kommt aber doch vor, daß dieser oder jener arbeitet, während er krank geschrieben ist und dann neben seinem Lohn auch Krankengeld bezieht oder aber die vom Arzt verordnete Ausgehezeit nicht einhält. Beim ersten vom Krankenbesucher gemeldeten Verstoß gibt es eine Vermahnung, und dann treten die Geldstrafen in Kraft. Uebrigens wird bezüglich der Krankenbesucher besonders darauf hingewiesen, daß in neuerer Zeit in verschiedenen Stadtteilen unbefugte Personen sich als Krankenbesucher oder Oberkontrolleure der Allgemeinen Ortskrankenkasse ausgeben. Man hat Grund zu der Annahme, daß das in betrügerischer Absicht geschieht. Es liegt daher durchaus im Interesse der Kranken, wenn sie sich von jedem Krankenbesucher den von der Direktion der Kasse gestempelten und unterschriebenen Ausweis zeigen lassen, dem auch das Lichtbild des Betreffenden beigefügt sein muß, und die Verhaftung desjenigen herbeiführen, der ohne solchen Ausweis sich als Krankenbesucher ausgibt.

Wieder Kartoffelnot.

Die Kartoffelnot nimmt wieder einen beängstigenden Umfang an. Nicht nur, daß die Preise in die Höhe gehen — wer ist nicht schon daran gewöhnt, die Kosten der Lebenshaltung von Woche zu Woche steigen zu sehen —, es kommt selbst in dieser Zeit des gesegneten freien Handels mit seiner unglaublichen schöpferischen Leistungsfähigkeit der Unternehmerinitiative kaum Ware auf den Markt! Für 1,50 Mk. nicht einmal ein Pfund Kartoffeln kaufen zu können, obwohl man früher einmal die Kartoffeln das Brot der Armen nannte, ist wirklich keine erfreuliche Sache, und man sollte sich nicht wundern, wenn die Erbitterung breiter Massen, wenn nicht bald Abhilfe kommt, an Boden gewinnt.

In fast allen größeren Städten herrscht augenblicklich eine außerordentliche Knappheit an Kartoffeln, die sich schon in den nächsten Tagen zu einer direkten Notlage auswachsen dürfte. So hat z. B. die Stadt **Berlin** augenblicklich nur noch einen so geringen Vorrat, daß sie damit gerade ihre eigenen Anstalten versorgen, aber nichts an die Bevölkerung abgeben kann. Bei dem jetzt herrschenden Frostwetter ist es in der Tat sehr schwierig, Kartoffeln zu transportieren, und die Mieten können nicht geöffnet werden. Darauf hätte man sich aber vorher einrichten müssen, und es scheinen hier von verschiedenen Seiten schwere Fehler gemacht worden zu sein.

Der Landwirtschaft wird von vielen Seiten der Vorwurf gemacht, daß sie die Kartoffeln in der Hoffnung auf eine neue Preissteigerung zurückhält. Darin dürfte sie sich täuschen, denn bei Eintritt wärmeren Wetters werden wir bald wieder ein Ueberangebot haben, außerdem verhandelt man auch mit einigen **Nachbarländern wegen der Einfuhr von Kartoffeln**. Wäre man an zuständiger Stelle im Reichsernährungsministerium früher auf diesen vernünftigen Gedanken gekommen, so hätte eine neue schwere Sorge der Bevölkerung erspart werden können.

Auf der Tempelhofer Brandstätte.

Die Brandstätte der Sarotti-Fabrik in Tempelhof wurde gestern von **Vertretern mehrerer Behörden** unter Führung des Branddirektors Reichel und anderer Feuerwehringenieure nochmals sehr eingehend besichtigt. Dabei wurden bemerkenswerte **Feststellungen** gemacht. Es liegen zweifellos Unterlassungen vor, die zur Ausdehnung des Brandes wesentlich beigetragen haben. Um diese Tatsachen kommt man nicht herum. Dabei muß aber besonders erwähnt werden, daß das Verhalten der Freiwilligen Feuerwehr von Tempelhof über alles Lob erhaben war; die Berliner Wehr hat wie immer ihre Pflicht voll getan und ist auf dem Posten gewesen.

Wie uns von einem **Angehörigen der Belegschaft** des Sarotti-Werkes mitgeteilt wird, werden sich in der Praxis der Mithilfe der gesamten männlichen Belegschaft bei den Aufräumungsarbeiten insofern gewisse Schwierigkeiten einstellen, als eine nicht geringe Anzahl von Arbeitern in bezug auf Kleidung und Beschuhung für diese Arbeiten gar nicht eingerichtet ist. Mit ganz geringen Ausnahmen ist allen Arbeitern ihre Garderobe verbrannt. Außer dem dünnen, nur für Innenarbeit geeigneten Arbeitszeug haben sehr viele nur noch ihren guten Anzug. In welcher Bekleidung sollen die Leute nun arbeiten? Vielleicht ergibt sich eine Möglichkeit, diesen Leuten mit Arbeitskleidung beizuspringen.

Ferner werden wir darauf hingewiesen, daß es sich herausgestellt haben soll, daß die **Notsirene** wegen des herrschenden Maschinenlärms keineswegs in allen Arbeitsräumen zu hören gewesen sein soll. Infolgedessen hat sich die Entleerung der Räume sehr verzögert. Auch besteht **in anderen Fabriken die Einrichtung, daß sich außer der Hauptsirene noch in jeder Etage eine besondere Alarmsirene** befindet. Ein weiterer Nachteil in der Sarotti-Fabrik war der Umstand, daß sämtliche vier Ausgänge auf einen Innenlichthof münden und erst von diesem ging es durch eine einzige Ausfahrt in den Außenhof. Der Innenhof aber war in ganz kurzer Zeit vollkommen verqualmt und bedeutete zum mindesten eine Erschwerung des Rettungswerkes.

*

Der Aufsichtsrat der Sarotti-Aktiengesellschaft hat in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, die durch Feuer schwer beschädigte Fabrik **so schnell als irgend möglich wieder herstellen zu lassen**. Es sind erfolgversprechende Bemühungen im Gange, die Fabrikation alsbald **an anderen Betriebsstätten** fortzuführen. Es kommt der Gesellschaft zugute, daß der vor einigen Monaten in Angriff genommene **Erweiterungsbau unbeschädigt** ist und die für diesen bestellte maschinelle Einrichtung binnen kurzem anzuliefern ist. Die umfangreichen **Kraftanlagen** wie der **Autofuhrpark** sowie das **Bureaugebäude** sind **nicht** in Mitleidenschaft gezogen. Die Fabrik, die Maschinen und Warenvorräte sind mit zirka **90 Millionen Mark** bei ungefähr **39 Gesellschaften versichert**. **Rohwaren**, die an anderer Stelle lagerten, sind für zirka 36 Millionen Mark vorhanden. Weitere Beschlüsse wurden heute angesichts der kurzen Zeit nach dem Brande noch nicht gefaßt. Nach Abschluß aller Ermittlungen sollen fernere Maßnahmen getroffen werden.

Beim Schlittschuhlaufen ertrunken. Am Sonntag nachmittag lief der 18jährige Magistratsgehilfe Kurt **Sommer** aus Schöneberg mit mehreren Freunden auf dem **Wannsee** Schlittschuh. Infolge der bereits eingetretenen Dunkelheit bemerkte er eine offene Stelle, die sich etwa 100 Meter unterhalb des Freibades befand, nicht und lief mit voller Geschwindigkeit hinein. Bevor ihm noch seine Begleiter zu Hilfe eilen konnten, war er untergegangen und kam **nicht wieder zum Vorschein**. Die Leiche konnte bisher nicht geborgen werden.

20]

Eine seltsame Nacht.

Roman in vier Stunden von Laurids Bruun.

Werner ging auf sie zu.

„Und weshalb nicht?" fragte er hart.

Sie blieb stehen und wandte ihm ihr Gesicht zu, ohne ihn anzusehen.

„Hörten Sie nicht, daß ich glücklich sei?"

„Ich hörte es wohl, Frau Hjarmer, aber ich wollte es auch **sehen**!" sagte er fest und entschlossen.

Wieder waren es die Stimme und der Blick, mehr als die Worte, die ihr Herz stärker schlagen machten.

Sie stand einen Augenblick und suchte nach einer Antwort. Dann sagte sie unsicher:

„Welches Recht haben Sie, meine Worte zu bezweifeln?"

Sie merkte unter den halbgeschlossenen, zitternden Lidern, wie er sie lange und zärtlich ansah.

„Weshalb zittern Ihre Hände?" fragte er wieder und versuchte vergeblich, sie zu ergreifen. „Weshalb zittern Ihre Lider, während Ihre Augen so groß und tief werden?"

Frau Helwig rang nach Luft, als wäre sie am Ersticken, und ihre Hände griffen in ihr Haar, als würde es ihr plötzlich zu schwer.

„Ich weiß es nicht!" antwortete sie und blickte sich im Mondenschein um. „Es ist so schwer und drückend hier! Und dann all das Sonderbare, das plötzlich in dieser stillen Nacht in mein Zimmer eingedrungen ist. Hier, wo sonst nichts vorfällt — wo der eine Tag dem anderen folgt wie ein Tropfen dem anderen — hier ist plötzlich alles wie verwandelt. Sogar die Möbel scheinen mir fremd — ich kenne sie kaum mehr!"

Dieses Mal glückte es ihm, ihre Hand zu fassen.

„Es ist ein Märchen," flüsterte er, „das zu Ihnen in Ihr Zimmer gekommen ist. Wie es zu mir kam, dort draußen auf der Landstraße in der stillen Nacht, als ich das altbekannte Lied spielen hörte und Sie leibhaftig vor mir stehen sah!"

Frau Helwig neigte ihren Kopf lauschend seinen Worten.

„Weshalb reisten Sie nicht, wie Sie wollten?" sagte sie still und klagend.

„Weil das Märchen mich in der stillen Nacht überwältigte. Während ich langsam zum Bahnhof schlenderte, erging es mir wie Ihnen. Alles wurde seltsam unwirklich. Bäume und Häuser verloren ihre Form und nahmen eine andere Gestalt an — ach, als ob sie mich verstünden — mit mir litten — mich zurückriefen. Obgleich ich zum Bahnhof ging, fühlte ich die sonderbare Gewißheit, daß ich den Zug nicht erreichen würde; und doch war es Zeit genug. Das Märchen, Helwig, das mich das erstemal zu Ihnen geführt hatte — ich fühlte es, würde mich zu Ihnen zurückführen. — Das, was man den Instinkt nennt, war in der stillen, hellen Nacht zu Wort gekommen."

„Und dann kehrten Sie zu mir zurück?" fragte Frau Helwig, von der Stimmung in seinen Worten ergriffen.

„Als ich zum Bahnhof kam und den Namen meines Onkels hörte — ein Mann erzählte dem Stationsvorsteher von dem Mord — da wußte ich es gleich: das ist das Märchen! Ich begriff, daß der Mord mich zurückführen sollte. Du mußt ihn dem Amtsvorsteher melden, war mein erster Gedanke. Und mehr als das. Gleichzeitig flüsterte etwas in mir: jetzt wirst du wieder reich und glücklich werden!"

Helwig hatte ihre Hand zurückgezogen; aber seine starke, ruhige Stimme hatte sie gegen ihren Willen mitgerissen. Sie sah mit der dunklen Glut in ihren großen, tiefen Augen zu ihm auf und fragte atemlos:

„Und nun — was wollen Sie nun?"

Er fing ihren Blick auf und hielt ihn mit dem seinen fest, so daß sie nicht entschlüpfen konnte.

„Wissen, ob Sie glücklich sind, Helwig Lönfeldt!" sagte er und trat ganz nah an sie heran. — „Ob Ihr Heim bei mir ist oder bei ihm."

Helwig wich klopfenden Herzens zurück, aber ihren Blick konnte sie nicht losreißen.

„Und wenn ich nicht glücklich bin," sprach sie bebend, — „was dann?"

„Dann will ich Sie mit mir nehmen, Helwig Lönfeldt!"

Ihre großen, grauen Augen umfaßten mit einem einzigen Blick die hohe, breitschultrige Gestalt, die vor ihr stand — die niedrige Stirn, die scharfgezeichneten Brauen, die festen Augen und die geschlossenen, vollen Lippen — als wolle sie prüfen.

Da wurde sie von einem Kälteschauer durchrüttelt.

„Von Mann und Kind?" fragte sie.

„Von Mann und Kind!"

Einen Augenblick standen sie Auge in Auge. Dann riß sie mit einer gewaltigen Anstrengung ihren Blick los, griff sich mit beiden Händen an den Kopf — und sagte halb lachend, halb weinend:

„Das wird nie und nimmer geschehen!"

8.

Im selben Augenblick ging die Eßzimmertür. Hjarmer trat herein und hinter ihm Stine mit dem Abendessen auf einem Servierbrett.

Frau Helwig ging mit ausgebreiteten Armen auf ihn zu, als wolle sie Schutz bei ihm suchen vor dem Märchen, das sich in ihr Zimmer geschlichen hatte und jetzt den Weg zu ihrem Herzen suchte.

Aber im selben Augenblick, als sie sein bleiches, nervöses Gesicht sah, mit dem blonden Vollbart, ging es wie eine plötzliche Veränderung über ihr Antlitz, und sie blieb stehen, kalt und beschämt, mit herabhängenden Armen.

Hjarmer, der ihre Bewegung mißverstand, sagte mit einem beruhigenden Lächeln:

„Liebste — ich glaube nicht, daß wir uns zu ängstigen brauchen. Sie hat etwas Fieber. Aber wir haben ihr von den Tropfen gegeben, und Fräulein Sindal bleibt bei ihr, bis sie schläft."

Dann setzte er sich an den Tisch, wo Stine das Abendbrot hingestellt hatte.

„Entschuldigen Sie, Herr Hilsöe!" sagte er und band sich die Serviette vor. „Es ist unsere Einzige, müssen Sie wissen."

Frau Helwig strich sich über die Stirn, als wolle sie alle törichten Gedanken fortwischen.

„Die Familie ist nur klein!" sagte sie mit einer Hindeutung, die Hilsöe nicht mißverstehen konnte. „Aber desto fester hält sie zusammen."

„Ja — nicht wahr?"

Hjarmer sah liebevoll zu ihr hin.

Dann trat sie in plötzlicher Tätigkeit an den Tisch und stellte die Teller und Schüsseln vom Servierbrett vor ihren Mann hin.

„Ih, mein Freund!" sagte sie liebevoll. „Du mußt ja furchtbar hungrig sein."

„Aber Liebste!" Hjarmer sah hastig und vorwurfsvoll zu ihr auf. „Es fehlt ja ein Kuvert für Herrn Hilsöe."

(Fortsetzung folgt.)

Englische Kohlen!

Die Direktion der Städtischen Gaswerke teilt mit:

Die Kohlenknappheit hat wiederholt dazu geführt, die Frage zu erwägen, ob es zweckmäßig und wirtschaftlich sei, englische Kohlen zur Gasbereitung zu beschaffen. Bei der hohen Preislage, welche die englischen Kohlen durch die Markentwertung für uns haben und die auch noch durch die hohen Transportkosten erhöht wird, würden die Gaspreise bei der Verwendung englischer Kohlen erheblich gesteigert werden müssen. Wenn man die Gewißheit hätte, daß die englischen Kohlen noch heute die Qualität der Vorkriegszeit hätten, würde der Preisunterschied nicht in seiner vollen Höhe ins Gewicht fallen, da bei der heutigen Kohlenlage in Deutschland die Gaswerke mit großen Mengen Kohlen beliefert werden, die für die Gasbereitung ganz ungeeignet sind. Leider sind aber auch die englischen Kohlen nicht in der früheren Qualität zu erhalten, so daß dieser preisausgleichende Faktor nicht in Betracht gezogen werden kann. Der Preisunterschied zwischen westfälischen Kohlen und englischen Kohlen frei Verwendungsstelle würde 735 M. betragen. Für die Berliner Gaswerke, die einen Jahresbedarf von 1 Million Tonnen haben, würde demnach bei Beschaffung von nur ca. einem Drittel englischer Kohlen eine Gaspreiserhöhung von 0,85 M. die Folge sein. In den Küstenstädten würden sich die Kosten pro Kubikmeter unter gleichen Verhältnissen nur um 0,77 M. steigern.

Raubversuch in einem Neuköllner Postamt.

Im Postamt Neukölln 4, das in der Hobrechtstraße liegt, ist gestern nachmittag ein Raubversuch ausgeführt worden. Der Beamte am Schalter 1 hatte einem Geschäftsmann ein Paket 50-Markscheine, zusammen 1000 M., auf ein Zahlbrett gelegt, als plötzlich ein vornehm gekleideter Mann das Geldpaket ergriff und davonstürzte. Ein im Vorraum sich aufhaltender Postbeamter stürmte dem Räuber sofort nach, der auf der Straße in ein Auto sprang. Er zog einen Revolver und drohte den Beamten zu erschießen, wenn er nicht sofort in das Postgebäude zurückginge. In diesem Augenblick bog eine Polizeipatrouille um die Straßenecke, die von dem Postbeamten angerufen wurde. Nun hatte es wohl auch der Chauffeur mit der Angst bekommen. Er fuhr jedenfalls nicht davon, und so konnte der Räuber festgenommen werden. Im Neuköllner Polizeipräsidium gab der Räuber an, Kurt Müller zu heißen und in Steglitz zu wohnen. Das geraubte Geld wurde bei ihm vorgefunden und der Post zurückerstattet.

Zuchthaus für Geldscheinfälscher.

Vor dem Schwurgericht des Landgerichts I hatten sich nicht weniger als 13 Personen wegen in großem Umfang betriebener Fabrikation von falschen 50- und 20-Mark-Scheinen, die in der Steindruckerei des Franz Fuchs unter Beihilfe anderer Fachmänner hergestellt und von mehreren Mitangeklagten vertrieben wurden, zu verantworten. Das Urteil verhängte über die Hauptschuldigen schwere Strafen. Es wurden verurteilt: der Steindruckereibesitzer Franz Fuchs zu 6 Jahren Zuchthaus, Ehrverlust auf die Dauer von 10 Jahren und Zulässigkeit der Polizeiaufsicht; der Steindrucker Paul Eichler zu 1 Jahr Zuchthaus; der Buchbinder Erich Gaßner zu 3 Jahren 6 Monaten Zuchthaus; der Photograph Wilhelm Jorczik zu 2 Jahren Zuchthaus; der Händler Max Goger zu 4 Jahren 6 Monaten Zuchthaus; der Händler Leib Bernzweig, der ein Hauptagent des Fuchs war, zu 4 Jahren 6 Monaten Zuchthaus. Die Strafen der übrigen Angeklagten bewegten sich zwischen 4 Monaten und 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis. Zwei weitere Angeklagte wurden freigesprochen.

Zu dem Totschlag in der Notwehr, für dessen Aufklärung eine Belohnung bis zu 5000 M. ausgesetzt ist, wird jetzt weiter mitgeteilt, daß die gesuchte „polnische Wanda" verhaftet werden konnte. Die Verhaftete hat hier den Ostmarkenflüchtling gespielt. Sie ist erkannt als eine Person, die nach Art gewisser Straßenmädchen Männer, namentlich Betrunkene, gewerbsmäßig an sich lockte, und sie bestahl. — Sie ist jetzt von mehreren Zeugen auch als die Person erkannt worden, die in der Michaelkirchstraße davonlief, nachdem der überfallene, noch nicht ermittelte Mann Maslanko erstochen hatte. Sie hat aller Wahrscheinlichkeit nach auch die dem Mißhandelten geraubte Brieftasche mitgenommen.

Wetter bis Mittwoch mittag. Trocken und meist heiter mit strengem Frost und scharfen östlichen Winden.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

5. Kreis Friedrichshain. Mittwoch, den 25. Januar, 7 Uhr, Versammlung aller in der Wohlfahrtspflege tätigen Genossinnen und Genossen in Schmidts Festsälen, Fruchtstr. 36. Thema: „Kleinarbeit in der Wohlfahrtspflege". Referentin Marie Juchacz, M. d. R. Die Stadt- und Bezirksverordneten des Kreises sind eingeladen. Besondere Einladungen ergehen nicht. Pünktliches und zahlreiches Erscheinen erwünscht.
9. Kreis Wilmersdorf. Mittwoch, den 25. Januar, abends 7½ Uhr, erweiterte Kreisvorstandssitzung bei Kolbatz, Heidelberger Platz 1.
12. Kreis Steglitz, Lichterfelde, Lankwitz. Mittwoch, den 25. Januar, abends 8 Uhr, Sitzung des Wohlfahrtsausschusses bei Glowasser, Stefanstr. 1.
17. Kreis Lichtenberg. Mittwoch, den 25. Januar, abends 7 Uhr, in der Aula des Cäcilien-Gymnasiums, Rathausstraße, Mitgliederversammlung. Referent Genosse Wissell. Die übrigen Abteilungen sind eingeladen.

Heute, Dienstag, den 24. Januar:

5. Kreis Friedrichshain. Sozialistische Bildungsschule. Die 2. Vortragsreihe des Genossen Horlitz über „Entwicklungsgeschichte des Sozialismus" beginnt heute abend ½8 Uhr in der Aula der Gemeindeschule Litauer Straße. Hörerkarten am Saaleingang.
13. Kreis Tempelhof. Sozialistische Bildungsschule. Die Vortragsreihe des Genossen Dr. Schütte über „Die deutsche Arbeiterbewegung" beginnt heute abend 7 Uhr in der 2. Gemeindeschule, Friedrich-Wilhelm-, Ecke Werberstraße.
3. Abt. Die Funktionäre und Genossen treffen sich um 7 Uhr im Lokal Ohngemach, Kommandantenstr. 68, zur Verbreitung der Flugblätter.
136. Reinickendorf-Ost. 7½ Uhr Sitzung des engeren Vorstandes bei Lindstedt, Residenzstr. 130/131.
Achtung. Soz. Elternbeiräte des 16. Bezirks! 7½ Uhr Vollsitzung in Köpenick, Dorotheen-Schule Freiheit. Erscheinen Pflicht.
Jungsozialisten. Gruppe Lichtenberg: 7½ Uhr im Lokal Schulz, Bozhagener, Ecke Lehndachstraße.

Morgen, Mittwoch, den 25. Januar:

1. Abt. 7½ Uhr Zahlabende der Gruppen bei Spiegel, Ackerstr. 1; bei Muschner, Am Zirkus und bei Witte, Poststr. 10.
7. Abt. 7½ Uhr Zahlabend bei Schikowski, Strelitzer Str. 1; Dölln, Bergstraße 71; Bärwalde, Schlegelstr. 8; Beyrau, Pflugstr. 1; Diege, Bogenstraße 18.
8. Abt. 7½ Uhr Zahlabend bei Nickel, Steinmetzstr. 58a und bei Richter, Dennewitzstr. 37.
9. Abt. 7½ Uhr Zahlabend bei Schreiber, Perleberger Str. 56. Alle rückständigen Beiträge sind an diesem Abend zu entrichten.
10. Abt. 7½ Uhr bei Trümper, Flensburger Str. 3. Diskussionsabend. Referat des Genossen Kowalewski: „Die Kunst — Politik". Mit Lichtbildern.
12. Abt. 7½ Uhr Zahlabende bei Krüger, Berlichingenstr. 7 und bei Schmidt, Wiclefstr. 17.
14. Abt. 7½ Uhr Zahlabend bei Schreppel, Grünthaler Str. 18; bei Grünwald, Putbuser Str. 24 und bei Gleisener, Gleimstr. 63.
15. Abt. 7 Uhr gemeinsamer Zahlabend sämtlicher Bezirke in der Schulaula Bernauer Str. 25/26.
17. Abt. 7 Uhr Zahlabend in folgenden Lokalen: Utzschmer, Triftstr. 49; Behrendt, Tegeler Str. 22; bei Sole, Markhofen 4. Vortrag: „Die politische Lage".
18. Abt. 7 Uhr bei Giebel, Panstr. 82. Zahlabend.
20. Abt. 7½ Uhr Zahlabend bei Pohl, Koloniestr. 15 und Jaserick, Schwedenstraße 11a.
21. Abt. 7 Uhr Zahlabend in den bekannten Lokalen. Erscheinen Pflicht.
23. Abt. 7½ Uhr Zahlabende: Lewandowski, Seestr. 104; Grunewald, Kameruner Str. 19 und bei Taube, Müllerstr. 62a.
24. Abt. 7½ Uhr Zahlabend in folgenden Lokalen: Röhner, Immanuelkirchstraße 25; Wulff, Marienburger Str. 37; Winzer, Christburger, Ecke Winsstraße; Schüß, Kollerstr. 2. Tagesordnung: „Politische Tagesfragen" und Gruppenangelegenheiten.
25. Abt. 7½ Uhr Zahlabend bei Gott, Kniprodestraße; Auberger, Friedberger Str. 1; Elbinger Klause, Elbinger Str. 40; Schötzel, Greifenhagener, Ecke Thorner Straße.
27. Abt. 7½ Uhr Diskussions- und Zahlabende. Gruppe 1 bei Bleßin, Stargarder Str. 3. Referent Stadtrat Kühne. Gruppe 2 bei Kottek, Gleimstraße 43. Referent Gewerkschaftssekretär Busch. Gruppe 3 bei Meier, Korsörerstr. 1. Referent Herm. Schmidt. Thema in allen drei Lokalen: „Die Einigung mit der USPD."
28. Abt. 7½ Uhr Zahlabend in den bekannten Lokalen. Erscheinen Pflicht.
29. Abt. 7½ Uhr Zahlabende: Bezirke 808—814 und 818 bei Schneider, Prenzlauer Allee 42; Bezirke 808, 809, b, e und 809a, b, 801—807 bei [illegible], Dunckerstr. 71; Bezirke 819, 820, 824, 825—828, 806—816 bei Rochhaus, Schliemannstr. 30. Thema: „Das Görlitzer Programm".
30. Abt. Die Bezirkszahlabende finden um 7 Uhr in folgenden Lokalen statt: [illegible], Pappelallee 60; C. Räper, Stargarder Str. 19; K. Carl, Wichertstraße 60 und R. Schlegel, Kanzowstr. 1. — Bezirksführer! Die Genossen einladen zum Freitag abend 7 Uhr nach K. Carl, Wichertstr. 60.
31. Abt. 7½ Uhr Zahlabende in folgenden Lokalen: Bezirke 1, 2, 3 und 7 bei Meißner, Schivelbeiner Str. 51; Bezirke 3, 4, 6, 9 und 18 bei Haug (früher Abel), Gleimer Str. 18; Bezirke 8, 10, 11, 12, 13 und 14 bei Goldschmidt, Stolpische Str. 56. Referenten Anlef, Schirow und Matuscheck.
32. Abt. 8 Uhr Gruppenversammlungen bei Schaffert, Ribbersdorfer Str. 2 und bei Eichstädt, Andreasstr. 56.
37. Abt. 7½ Uhr Zahlabend in folgenden Lokalen: Bezirk Moritz und Friedrich bei Schöße, Oberstraße 6; Bezirk Anker bei Wuddel, Heidenfeldstraße 20; Bezirk Händler bei Voch, Thaerstr. 52.
40. Abt. 7½ Zahlabend in folgenden Lokalen: Bezirke 76—79 und 82 bei Schmidt, Teltower Str. 15; Bezirke 80, 81, 83—91 bei Müller, Kreuzbergstraße 44; Bezirke 88—97 bei Krusner, Hagelberger Str. 20a; Bezirk 98 und Neu-Tempelhof bei Wendt, Kreuzbergstr. 22.
41. Abt. 7½ Uhr Zahlabend in den bekannten Gruppenlokalen.
43. Abt. 7½ Uhr Zahlabende in den bekannten Lokalen. 133. Bezirk bei Wenzel, Möllendorffstr. 1.
45. Abt. 7 Uhr Zahlabende in folgenden Lokalen: Mai, Reichenberger Str. 66; früher Minnig, Forster Str. 36; Hedefreit, Reichenberger Str. 126; Brandt, Lausitzer Str. 33. Tagesordnung: Aufstellung der Kandidaten für die Elternbeiräte. Listenaufstellung der Jugendlichen.
47. Abt. 7½ Uhr Zahl- und Diskussionsabende in den Lokalen Adalbertstr. 19, Muskauer Str. 1 und Mariannenplatz 22. Es referieren Lehrer Adrian über „Schulfragen", Genosse Dünner über „Politische Tagesfragen" und Genosse Krüger über „Mieterfragen". Erscheinen Pflicht.
48. Abt. 7 Uhr Zahlabend in folgenden Lokalen: Keller, Fürstenstr. 1; Kleinschmidt, Brandenburgstr. 54; Sopard, Alexandrinenstr. 137.
49. Abt. Schwerhörigengruppe. 7 Uhr Versammlung in der Taubstummenschule, Markusstr. 49, Hof links, 2 Tr. Sehr wichtige Tagesordnung.
Charlottenburg. 53. Abt. 7½ Uhr Zahl- und Diskussionsabende: 1. Bezirk bei Schweikert, Erasmusstr. 2; 2. u. 3. Bezirk bei Bug, Ufnaustr. 1. Thema: „Der Parteitag der USP. und die Einigung". Referent Gebert. — 56. Abt. 7½ Uhr bei Schneider, Holtzendorffstr. 14. Thema: „Bodenreform". Referent Gebhardt. — 57. Abt. 7½ Uhr Abteilungsversammlung bei Arndt, Kantstr. 51. Referent Dr. Jaffé. Thema: „Sozialisierung der ärztlichen Tätigkeit".
59. Abt. Spandau. 7½ Uhr Mitgliederversammlung bei Steinez, Bismarckstraße 8. Thema: „Unser neues Parteiprogramm". Referent Wenmoh.
69. Abt. 3. Bezirk: 7½ Uhr im Türkischen Zelt, Bismarck-, Ecke Moltkestraße. Thema: „Einführung in das Programm". Referent Genosse Zinner.
75. Abt. Schöneberg. 8 Uhr Mitgliederversammlung in der Schulaula Feurigstraße 37. Genosse Dr. Röder: „Die Bedeutung der sozialen Hygiene". Gäste willkommen. Die Vorstandsmitglieder treffen sich ½ Stunde früher dort.
83. Abt. Tempelhof. 8 Uhr Zahlabende in folgenden Lokalen: 1. Bezirk bei Hansen (neues Lokal), Borussia-, Ecke Neue Straße; 2. Bezirk bei Hutsholz, Kaiserin-Augusta-Str. 65; 3. Bezirk bei Pusten, Kaiser-Wilhelm-, Ecke Werberstraße; 4. Bezirk bei Rohpumelt, Werberstr. 14; 5. Bezirk bei Schwenke, Friedrich-Wilhelm-, Ecke Moltkestraße; 6. Bezirk bei Becker, Ringbahnstr. 4; 7. Bezirk bei Wanslick, Oberlandstr. 1.
103. Abt. Oberschöneweide. 7½ Uhr im Festsaal des Realgymnasiums Zeppelinstraße Fortsetzung über „Das neue Parteiprogramm". Referent Erwin Marquardt.
106. Abt. Johannisthal. 8 Uhr bei Arfurt, Kaiser-Wilhelm-Straße, Zahl- und Diskussionsabend.
114. Abt. Lichtenberg. Die Zahlabende fallen aus. Dafür Mitgliederversammlungen im Cäcilien-Lyzeum, Rathausstraße. Referent Genosse Wissell.
124. Abt. Mahlsdorf. 7½ Uhr Mitgliederversammlung bei Anders, Bahnhofstraße. Thema: „Unser neues Programm". Referent Robert Fendel.
104. Abt. Niederschöneweide. 7½ Uhr Sitzung des Kommunalen Ausschusses im Lehrersaal der 1. Gemeindeschule, Berliner Straße. Thema: „Wohlfahrtspflege". Referent Stadtrat Kühnel. Alle interessierten Genossinnen und Genossen sind hierzu eingeladen.
137. Abt. Reinickendorf-Ost. 7 Uhr in der 2. Gemeindeschule, Augusta-Viktoria-Allee 37. Mitgliederversammlung. Thema: „Politische Lage". Referent Dr. Obramski.
Wichtige Schülerversammlungen. Siemens-Schule und Birkenbaracken: 7 Uhr Elternversammlung in der Aula der Siemens-Schule. Referent Pfarrer Kleine. Thema: „Ist die weltliche Schule religionslos?"

Frauenveranstaltungen:

Schöneberg. 77. Abt. 4. Bezirk: 8 Uhr bei Binis, Martinsstr. 7. Thema: „Was an Kindern gesündigt wird!" Referent Genosse Dr. Bieder. Genossinnen angrenzender Bezirke sind ebenfalls eingeladen. — 78. Abt. 7½ Uhr bei Groß, Sedanstr. 17. Thema: „Das neue Parteiprogramm". Referent Arthur Häußler.

Lebensmittelpreise des Tages.

Zufuhr: Fische knapp. Geschäft flau. Fleisch über Bedarf, Geschäft ruhig. Obst und Gemüse schwach, Geschäft ruhig.

Am gestrigen Montag galten in der Zentralmarkthalle folgende Kleinhandelspreise:

Schellfisch 8,50—11 M. Schollen 14—15 M. Bleie 11—14 M. Plötzen in Eispackung 8—10 M. und Barse 8,50—14 M. das Pfund. — Für ein Pfund Hammelfleisch mußte man 17 M. anwenden. Rindfleisch wurde mit 18—12 M. angeboten. Schweinefleisch schwankte zwischen 22 und 26 M. Kalbfleisch stand mit 16 M. ausgezeichnet und Gaulasch mit 18 M. Schabefleisch kostete das Pfund 20 M. Rindertalg konnte man für 17 und 18 M. das Pfund haben. Kalbsfett 28 M. und Rückenfett 26 M. — Das halbe Pfund Schleibücklinge stand auf 11 M. und das Viertelpfund Kieler Sprotten auf 4—5 M. — Gute Butter konnte man heute bis zu 50 M. haben, Margarine von 20 bis 26 M. das Pfund. — Hasen wurden mit 11 und 12 M. angeboten und Gänse mit 22—26 M. — Das Pfund Rotkohl kostete 5 M., Weißkohl 2,50 M., Kohlrüben 1 M., Mohrrüben 1,50 M. Viktoria-Erbsen kosteten 6 M., Reis 3—4 M., Auszugmehl 6,50 M.

Religion und Schule.

Im **Reichstag** wurde gestern zum Schriftführer für Dr. Pfeifer (Z.), der als Gesandter nach Wien gegangen ist, Frau Teusch-Köln (D. Vp.) gewählt. — Dem Reichstag vorgelegt ist das Schreiben des italienischen Botschafters, durch das die deutsche Regierung zur Wirtschafts- und Finanzkonferenz nach Genua eingeladen wird.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfes über den Verkehr mit ausländischen Zahlungsmitteln, wonach Geschäfte über ausländische Zahlungsmittel nur durch Vermittlung der Reichsbank oder solcher Banken abgeschlossen werden dürfen, die Depot- und Depositengeschäfte geschäftsmäßig betreiben dürfen oder denen von der Handelskammer eine Bescheinigung darüber erteilt ist, daß ihr Gewerbebetrieb Geschäfte über ausländische Zahlungsmittel regelmäßig mit sich bringt. — Die Vorlage wird in zweiter und dritter Lesung unverändert nach den Ausschußbeschlüssen angenommen.

Das Reichsschulgesetz.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfes zur Ausführung des Art. 146 Abs. 2 der Reichsverfassung (Reichsschulgesetz). Nach § 1 dieses Gesetzes sind Gemeinschaftsschulen die Volksschulen, soweit sie nicht Bekenntnisschulen oder bekenntnisfreie Schulen bleiben oder werden. Die bekenntnisfreien Schulen sind entweder weltliche Schulen oder Weltanschauungsschulen. Die Gemeinschaftsschule steht nach § 2 grundsätzlich allen Schülern offen. Der Religionsunterricht ist im Sinne des Art. 149 Abs. 1 der Reichsverfassung ordentliches Lehrfach nach näherer Bestimmung des Landesrechts. Die Bekenntnisschule dient grundsätzlich zur Aufnahme von Schülern eines bestimmten Bekenntnisses, jedoch können nach näherer Bestimmung des Landesrechts auch andere Schüler aufgenommen werden oder solchen in ihrem Bekenntnis lehrplanmäßiger Religionsunterricht erteilt werden. Nach § 4 sind bekenntnisfreie Schulen solche Schulen, die Religionsunterricht im Sinne des Artikels 149 Abs. 1 der Reichsverfassung nicht erteilen.

Staatssekretär Schulz: Die Vorlage ist nach großen inneren und äußeren Schwierigkeiten zustande gekommen. Sie ist eine

Folge des Weimarer Schulkompromisses.

Die Zurückziehung des Gesetzentwurfes würde die Lösung der schwierigen Frage ins Ungewisse verzögern. Nach der Revolution war eine Einigung der beiden maßgebenden Parteien, des Zentrums und der Sozialdemokratie, über Schul- und Kulturfragen nötig, wenn wir nicht in unübersehbare Wirren geraten sollten. Das Elternrecht darf nicht autonom sein, es darf nicht den Staatsgedanken aufheben, nicht pädagogisch und schultechnisch die Tätigkeit der Schule aufheben. Die soziale Einheitsschule ist nicht die nationale, nicht die Weltanschauungsschule. Aber eben diese erscheint mir in absehbarer Zeit in Deutschland nicht möglich. Die deutsche Schule muß imstande sein, die Kinder geistig und körperlich zu vollentwickelten Persönlichkeiten zu erziehen. Diese beiden Forderungen können sowohl in bekenntnisfreien als in Bekenntnisschulen erreicht werden.

Abg. Hellmann (Soz.):

Namens meiner Partei habe ich zu erklären, daß wir diesem Gesetz mit großem Unbehagen gegenüberstehen. Das Weimarer Schulkompromiß ist von uns geschlossen worden unter dem größten politischen Zwang. Das jetzt vorliegende Gesetz gibt sich als das Ausführungsgesetz zu dem eigentlichen Zentralartikel 146 Abs. 2 der Reichsverfassung. Er hat aber auffallende Erregung und Enttäuschung hervorgerufen, weil es noch mehr von dem Sinne der demokratischen Verfassung abweicht, und es hat auch unsere Erwartungen noch übertroffen. Die Paragraphen und noch mehr ihre Begründung sind voll von Anstößen und Fußangeln für den, der versucht, auf diesem Boden weiterzukommen und für die Erfordernisse des arbeitenden Volkes einzutreten. Zugunsten des Gesetzes kann man sagen: Der notwendige Schritt ist getan, um die weltliche Schule vorzubereiten, die nach unserer Auffassung die einzige wirkliche Gemeinschaftsschule ist. Im Gesetzentwurf erscheint sie nur negativ, gesagt wird nur, daß sie eine religionslose Schule ist, aber nicht mehr, und in den darauffolgenden Paragraphen werden die Bestimmungen des § 1 erheblich eingeschränkt. Für uns ist die Schule nicht mehr eine Hilfsanstalt der Familienerziehung, noch eine kirchliche Anstalt. Für uns ist der Zielsetzer aller Erziehung die Volksgemeinschaft. Vertreter der Volksgemeinschaft ist aber der Staat, und so ist der Staat in Wirklichkeit der einzige alleinige Schulherr. Daraus folgt aber, daß unser demokratischer Staat zu einer weltlichen Schule kommen muß. Sie versucht, das Kind in die Natur und in die Kultur einzuführen, es zur Selbstbeherrschung und Ehrfurcht zu erziehen. Weite Kreise Deutschlands fordern allerdings die Konfessionsschule. Wenn wir uns jetzt von der Kirche trennen, so ist das nicht ein Akt der Feindschaft, sondern es ist das die Lösung einer Frage, die in der Geschichte soviel Unheil gebracht hat. Die ganze moderne Schulentwicklung läuft auf die weltliche Schule hinaus. Mit der Weltanschauungsschule des Gesetzentwurfs ist nichts anzufangen. Sie beruht auf einer Mißdeutung der Verfassung. Die Bekenntnisschule des Gesetzentwurfes ist nur eine Verschärfung der alten Konfessionalität. Das Gesetz verletzt offensichtlich den Sinn der Reichsverfassung. Von einer Zurückziehung des Gesetzentwurfes versprechen wir uns nichts, wir beantragen daher, ihn dem Ausschuß für Volksbildung zu überweisen, weil wir uns davon eine schnellere Regelung versprechen.

Auch die Abgg. **Rheinländer** (Z.) und **Mumm** (Dn.) verlangen Ausschußberatung.

Das Haus vertagt sich auf **Dienstag 1 Uhr: Anfragen, Weiterberatung.** — Schluß 6 Uhr.

Jugendveranstaltungen.

Verein Arbeiter-Jugend Groß-Berlin, SW. 68, Lindenstr. 3, 2. Hof, 2 Tr. Telephon Moritzplatz 131 06—131 10.

Außerordentliche Mitgliederversammlungen am Dienstag, den 24. Januar:

Rosenthaler Vorstadt: Jugendheim Gemeindeschule Strelitzer Str. 43. — Gesundbrunnen: Jugendheim Gemeindeschule Gothenburger Str. 8. — Wilmersdorf: Jugendheim Gemeindeschule Koblenzer Straße. — Niederschöneweide: Jugendheim Oberschöneweide, Laufenerstr. 3. — Neukölln-Nord: Jugendheim Kaiser-Friedrich-Str. 4. — Südwesten: Jugendheim Lindenstr. 3. — Steglitz II: Jugendheim Johanna-Stegen-Str. 16.

Sport.

Flugzeug und Toto.

In die dreißiger Jahre des vorigen Jahrhunderts fallen die ersten öffentlichen Pferderennen in Deutschland. Für die Unternehmer waren sie zunächst kein Geschäft. Sie kamen nicht auf ihre Kosten. Es fehlte an zahlungswilligen Rennplatzbesuchern. Erst ein Menschenalter später besserten sich die Zustände. Pfiffige Köpfe hatten die Rennen in Verbindung mit dem Glücksspiel gebracht. Sie hatten Wettsalons gegründet. „Buchmacher" entstanden. Nach dem Siebziger Kriege führten wir die mechanische Wettmaschine, den Totalisator, bei uns ein. (In Frankreich war er schon seit Jahren in Betrieb.) Nun blühte das Geschäft. Auswüchse machten sich bemerkbar. 1881 verbot man den Totalisator und die private Wettvermittlung. Aber man konnte das Verbot nicht lange aufrechterhalten. Der Rennsport drohte ganz einzuschlafen. Das hätte eine üble Rückwirkung auf die Landespferdezucht ausgeübt, auf die man (hauptsächlich aus militärischen Gründen) großen Wert legte. Deshalb wurde 1888 der Toto wieder erlaubt.

Heute soll der Wettbetrieb auf den Renn- und Reitturnierplätzen neu geregelt werden. Ein Gesetzentwurf liegt dem Reichstag vor. Der § 3 läßt die Möglichkeit offen, daß der Totobetrieb auch auf motorsportliche Veranstaltungen auf Flugzeuge und Automobile, ausgedehnt wird. Das ist den Herren von der Rennbahn, wie man verstehen kann, natürlich sehr unangenehm. Die Reichsregierung war für den § 3, der Reichsrat ebenfalls, der Reichswirtschaftsrat desgleichen. Der Reichstagsausschuß war dagegen. Er hat den § 3 abgelehnt. Nun wird das weitere Schicksal des § 3 vom Plenum des Reichstags abhängen. Auf jeden Fall handelt es sich hier um eine sehr wichtige Frage von weittragender Bedeutung. Wenn man grundsätzlich überhaupt das Glücksspiel (noch dazu in Form von Lotterien) staatlich zuläßt, wird man da auf die Dauer den Toto dem Motorsport vorenthalten können? Hat hier der Toto nicht viel mehr Berechtigung als beim Pferdesport? Steht dieser nicht auf dem Aussterbeetat? Vielleicht wird man in fünfzig Jahren das Pferd nur noch als Luxusreittier und als Ausstellungsobjekt im Zoo bewundern können, währenddem die Anzahl der Autos, die wir heute haben, sich vielleicht verzwanzigfacht hat und eine Luftreise auch für eine Arbeiterfamilie erschwinglich geworden sein wird. Ist es da nicht widersinnig, wenn man dem sachlich nur noch wenig berechtigten Pferdesport den Toto auch weiterhin monopolartig zugute kommen läßt, hingegen den aufblühenden Motorsport, der eine ungeahnte Zukunft noch vor sich hat, vom Totalisatorbetrieb ausschließt? Glaubt jemand, daß man heute ohne Toto bedeutungsvolle flugsportliche Veranstaltungen arrangieren kann? Das war schon vor dem Kriege sehr schwer möglich. Jetzt aber, wo die Veranstaltungskosten ins ungeheure gehen, ist daran gar nicht mehr zu denken! Zahlreich sind die motorischen Wettbewerbe, die sich für den Totobetrieb eignen. Ein Autorennen auf der Grunewald-Bahn mit Toto! Ein Luftrennen von zwanzig Apparaten in Johannisthal oder Staaken oder zwischen beiden Plätzen! Ein Höhenwettbewerb. Zehn Flugzeuge! Wer ist zuerst tausend Meter hoch? Oder (wie ich es in Wien kurz vor der großen Weltkatastrophe sah): Wer überfliegt aus [illegible] Abstand heraus eine Mauer von zehn Meter Höhe? Oder: Landungsgeschicklichkeitswettbewerbe. Die Einführung des Totos im Motorsport wird die Industrie kräftig beleben und vielen Männern Lohn und Brot schaffen.

Es gibt zwei Standpunkte in dieser Frage: Entweder lehnt der Staat alles Glücksspiel restlos ab, d. h. er gestattet weder Lotterien noch Pferdetoto. Das ist konsequent. Oder er behält die Lotterien bei und dehnt den Totobetrieb auch auf den Motorsport aus. Aber Lotterien beibehalten und den Toto nur dem Pferdesport (dessen Glanzzeit längst vorbei ist) gewähren und den entwicklungsfähigen Motorsport vom Totalisatorbetrieb ausschließen, ist unsachlich, schädlich und auch unmoralisch.

Hauptmann a. D. Willi Meyer.

Der Unmusikalische.

Von Max Geisenheyner.

Ich gehe nicht gerne in Konzerte, weil da lauter Leute sitzen, die zu Hause Klavier spielen. Ich spiele nicht Klavier, denn ich liebe meinen Nachbar wie mich selbst. Außerdem hat mich ein sehr spitzfindiger Musiker kraft seines langen Haupthaares darüber aufgeklärt, daß ein Laie gute Musik nicht verstehen könne.

Neulich aber erhielt ich doch ein Konzertbillett von dem Langhaarigen. Ein neuer Dirigent sei da und es sei großartig. Ich hatte acht Tage lang kaum einen Menschen gesehen, hatte genug zu tun gehabt mit mir, meinen und Deutschlands Schulden. Und darüber war mir schließlich alles gleichgültig geworden. Warum also nicht einmal einen großartigen Kapellmeister sehen?

Es gab ein langes und drei kurze Stücke. Ich saß in der Mitte des Saales auf einem Eckplatz. Auf dem Podium das Orchester im Halbrund. Darüber eine Galerie, einreihig, mit Menschenköpfen schief bespickt, just in der Mitte jemand, der einem fettgewordenen Gorilla ähnlich sah. Alle anderen sahen nur musikalisch aus. Sie spielten sicher alle Klavier. Der eine sagte z. B., der Bläser habe gutes Holz (ich dachte, so wird der arme Teufel wenigstens nicht frieren). Ein junges Mädchen mit vier dicken Notenbüchern auf dem Schoß meinte, das Orchester habe Kultur (ich dachte, wenn wir nur welche hätten). Eine Frau mit sehr roten Backen und sehr schwarzen Fingern flüsterte: „Der Dirigent hat jetzt seine sechste Frau" (ich dachte, da hat er die anderen fünf also unter die Erde dirigiert).

Dann kam Er und sah wirklich fabelhaft aus, obwohl ich keine rechten Gesichtszüge bei ihm entdecken konnte. Er hob den Taktstock, guckte mit einer halben Wendung in den Saal und freute sich offenbar, daß immer noch mehr Leute kamen und daß er noch nicht anzufangen brauchte. Schließlich aber war es doch so weit. Ich streckte meine Beine von mir, verschränkte die Arme und besah mir den berühmten Mann von hinten. Er geriet allmählich in Bewegungen. Die waren nach wenigen Minuten so bedeutend, daß ich die Fülle der Bilder und Vergleiche, die sich mir aufdrängten, kaum noch fassen konnte.

Ich notierte: wie ein Metzger, der einen Ochsen fällt, ein Obstzüchter, der einen kleinen Pflaumenbaum zart okuliert, ein Ringer, der einen schweren Gegner hochhebt, Holofernes, der gerade nach dem Blitz ruft, ein Friseur, der sich herunterbiegt und einen einseift, ein Ruderknecht, der mächtig vom Lande abstößt, ein Sämann, der Samen streut, ein Schnitter, der Aehren schneidet, ein Volksredner, der eine Ansprache an Leute hält, die schlecht hören. Als es zum Schluß ging, war es mir, als griff er einen Musiker, der ihm zunächst saß, heraus und schlüge ihm den Takt der letzten Tonreihen aufs Hinterteil, aber es hat wohl nur so ausgesehen. Denn nun bewegte er seine langen Arme wie Propeller mit ungeheurer Geschwindigkeit. Im Hintergrund des Orchesters brachen jetzt Pauke und Becken in immer stärker werdende Explosionen aus. Als der Krach am größten, die Propellerumdrehung am schnellsten war und ich gerade glaubte, der berühmte Dirigent werde sich schweißverspritzend in die Luft heben und über das Orchester hinweg zur Orgel fliegen, war die ganze Sache aus. Die Leute klatschten wie besessen, auch ich hatte lange nicht einen so gut organisierten Lärm gehört. Der Gorilla auf der Galerie beugte sich begeistert über die Brüstung und brüllte Bravo!, bis er auf dem Gesicht so rot war, wie einige seiner Verwandten auf der Kehrseite.

Die Pause war kurz, aber langweilig. Die Männer hatten offenbar besonders intensiv zugehört, sie machten Gesichter wie Geschworene, die eben auf einen Staatsanwalt gelauscht, der einen Angeklagten verdonnert, und es war, als dächten sie jetzt darüber nach, ob Zuchthaus oder Strafaufschub besser sei. Die Frauen waren etwas verändert. Sie ließen die Köpfe sinken, die einen andächtig, die anderen, weil es musikalisch aussah. Junge Männer rissen sich an ihren Schlipsen, weil ein paar hübsche Mädchen auf den Balkonen saßen und nach musikalischen jungen Männern Ausschau hielten.

Beim zweiten Stück interessierte der Dirigent mich nicht mehr. Ich beschäftigte mich mit dem Orchester. Es waren lauter brave, ehrliche Leute. Sie sägten sehr sorgfältig eine heitere Melodie auf ihren Celli, fuhrwerkten sachgemäß mit dem Bogen auf ihren Geigen, bliesen Trompeten, kurz, taten, was der Dirigent nur wollte.

Mit einem Male entdeckte ich ganz links hinten unter den zweiten Geigern einen alten ostpreußischen Onkel von mir, der leider schon lange tot war. War er wieder auf die Welt gekommen? Der Mann dort strich seine Geige genau so, wie jener einst die Schmalzbrote für seine sechs Kinder: gediegen, ruhig, sachlich und etwas dünn. Ach, so lange Jahre hatte ich nicht mehr an ihn gedacht. Wie gut doch so ein Konzert ist. Mir fiel ein, wie er mit sechzig Jahren noch einmal geheiratet hat, wie er bei seiner Hochzeitsfeier in der kleinen Stube an der Tür saß und furchtbar betrunken war. Heute abend sah er ganz nüchtern aus. Wie dann meine Tante, seine Braut, zur Tür hereintrat, auch nicht mehr ganz nüchtern und ihm den Hochzeitszylinder schief auf den Kopf setzte und wie selig er da lächelte. Wie, wenn sie jetzt durch die Samtportiere träte, in deren Nähe er jetzt geigte, und ihm einen Zylinder schief auf den Kopf setzte? Es würde ja zu der Musik passen, die sehr traurig geworden war. Ja, schoß es mir durch den Kopf, wäre es nicht gut, wenn alle Musiker zu solcher Musik einen umflorten Zylinder aufsetzten, beim Andante könnten sie ihn ja ins Genick tun, beim Scherzo schief rücken, im Finale könnte, wer nicht zu spielen hat, ihn in der Luft schwenken und zum Schluß ihn knallend eintreiben.

Ich lachte, schlief ein und wachte im dritten Satz einer Beethovenschen Symphonie auf. Mir war, als müßten riesige Männer aus der Erde wachsen, die Kronleuchter von der Decke reißen, umkehren, wie Fackeln halten und durch die Decke dem Himmel entgegenschweben. Und wir: unten im dunklen Saal alle aneinandergelehnt, vornübergebeugt, den Kopf in den Händen vergraben, lauschten, wie aus dem Orchester Sonnen, Sterne und Monde stiegen und sich tönend drehten wie ein geheimnisvolles funkelndes Karussell, das uns mit emporreißen wollte in die Unendlichkeit.

Die musikalischen Leute schlugen sich längst um ihre Garderobe. Ich saß noch da, starrte in den leeren Saal und dann schrieb ich, aber der Saaldiener, der vorhin beim Adagio schlafend an der Tür gelehnt hatte und um den ich mich immer gesorgt, weil die Tür ja hätte plötzlich aufgehen können, schmiß mich roh aus dem Saal. Draußen traf ich den langhaarigen Musikalischen. Er hatte, weil er auch Dirigent werden wollte, während des Konzerts zehn Seiten voll Notizen geschrieben. Er las mir seine Eindrücke vor. Seine Begeisterung war groß. Seine Haare flogen. Als er mich fragte, wie mir der Trauermarsch gefallen, sagte ich ihm, daß es viel schöner gewesen wäre, wenn die Musiker dazu Zylinder aufgesetzt hätten. Er sah mich erst groß an, als er aber merkte, daß ich das Gesicht nicht verzog, sagte er nachdenklich: „Meinen Sie wirklich? Es könnte vielleicht allerdings schon sein, daß so etwas die Stimmung bedeutend erhöht. Man muß alles tun, um einen Konzertbetrieb, wie wir ihn heute haben, zu heben. Wenn es auch ungewöhnlich klingt, ich will mir die Sache doch durch den Kopf gehen lassen."

Ich empfahl mich erschüttert und totenernst, als hätte ich selber einen Zylinder auf und empfand unbedingt das Bedürfnis, auch einen zu heben, aber nicht den Konzertbetrieb. Und dachte, als ich Gott sei Dank nun endlich wieder allein war, wie gut es doch eigentlich der Unmusikalische hat.

Wirtschaft

Der Schwindel mit Maisbezugscheinen.

Das Reichsernährungsministerium teilt mit:

In Zeitungen der linksgerichteten Presse ist in den letzten Tagen mit Bezug auf die Durchführung der Austauschaktion von verbilligtem Mais gegen Getreideablieferungen behauptet worden, daß die ungeheuersten Betrügereien dabei vorgekommen seien, ohne daß die Regierung bisher ihre Versprechungen zu rücksichtslosem Einschreiten gegen diese Betrügereien irgendwie wahrgemacht hätte. Diese Behauptung entspricht nicht den Tatsachen.

Bereits im März 1921, also wenige Wochen nach begonnener Durchführung der Maistauschaktion, hat die Reichsgetreidestelle, sobald zum erstenmal bekannt wurde, daß Maisbezugsscheine in weitherziger Weise über die von der Regierung gegebenen Richtlinien hinaus durch Kommunalverbände ausgestellt wurden, in einem Rundschreiben an die Kommunalverbände eine Ueberprüfung der ausgestellten Bezugsscheine angeordnet und die Kommunalverbände zu einer etwaigen anderweitigen Festsetzung des Ablieferungssolls angewiesen, insoweit eine erhebliche Ueberlieferung des Ablieferungssolls seine unrichtige Festsetzung dartat. Im Mai 1921 ist dann weiter eine Prüfung der Kommunalverbände selbst durch Beamte der Reichsgetreidestelle bezüglich der Ausstellung von Maisbezugsscheinen in die Wege geleitet. Nachdem diese Ueberprüfung bei einer Reihe von Kommunalverbänden stichprobenweise vorgenommen war und zahlreiche Mißstände bei der Ausstellung der Maisbezugsscheine ergeben hatte, ist dann die genaue Nachprüfung sämtlicher Kommunalverbände durch Beamte der Reichsgetreidestelle von dieser auf Anweisung des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft angeordnet worden. Bei der großen Anzahl Kommunalverbände und überzuprüfender Bezugsscheinausstellungen erfordert diese Maßnahme geraume Zeit, zumal infolge des Abbaues der Reichsgetreidestelle deren Personal weitgehend entlassen ist. Sofern die Prüfung ergibt, daß Landwirte oder Organe der Kommunalverbände in betrügerischer Absicht zum Nachteil des Reiches bei der Ausstellung von Maisbezugsscheinen vorgegangen sind, wird gegen sie straf- und zivilrechtlich eingeschritten. Auch sind die Länder ersucht worden, gegen die Leiter und Organe der Kommunalverbände, die bei der Maisbezugsscheinausstellung die Amtspflicht verletzt haben, auf dem Disziplinarwege das Erforderliche zu veranlassen. Die Reichsregierung hat hiernach alles getan, um die Angelegenheit aufzuklären und das Reich vor Schaden zu bewahren.

Der langen Rede kurzer Sinn ist, daß große Betrügereien mit Maisbezugsscheinen vorgekommen sind, und daß die Reichsregierung nicht einmal in der Lage ist, den Fehlgriffen mit der notwendigen Beschleunigung nachzugehen, weil sie nicht genug Personal hat. Der Abbau der Reichsgetreidestelle hat also die für die Agrarier erwünschten Folgen gehabt. Ob auch für die Reichskasse, das muß dahingestellt bleiben. Jedenfalls zeigt die Mitteilung, daß der überstürzte Abbau dieser für die Versorgung mit Brotgetreide wichtigen Stelle ein Fehler gewesen ist.

Umwandlung der Reichsstelle für Textilwirtschaft.

Auf dem Textilgebiet ist zur Ueberleitung der Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft durch Verordnung vom 27. Juni 1918 eine besondere Behörde, die Reichsstelle für Textilwirtschaft, gegründet worden, der für die einzelnen Faserstoffgebiete als Selbstverwaltungskörper Reichswirtschaftsstellen angegliedert worden sind. Durch Verordnung vom 1. Februar 1919 sind diesen Stellen weitestgehende Befugnisse hinsichtlich Beschaffung, Verteilung, Verarbeitung, Absatz, Verbrauch und Regelung der Preise von textilen Rohstoffen und Erzeugnissen übertragen worden. Die Tätigkeit dieser Organisation kann nunmehr in ihrem Hauptzweck als beendigt angesehen werden. Im Laufe des vorigen Jahres ist für das gesamte Textilgebiet die gebundene Wirtschaft weggefallen. Sämtliche Kriegsgesellschaften auf dem Textilgebiet sind aufgelöst.

Die Tätigkeit der Reichsstelle für Textilwirtschaft und der Reichswirtschaftsstellen besteht zurzeit im wesentlichen in der Handhabung der Außenhandelskontrolle. Diese Aufgabe rechtfertigt eine so umfangreiche, kostspielige Organisation wie der bisherigen auf besonderer gesetzlicher Grundlage mit weitreichenden Sonderbefugnissen nicht mehr. Das Reichswirtschaftsministerium hat deshalb entsprechend dem allgemeinen Bestreben der Reichsregierung auf Vereinfachung der Verwaltung die Umwandlung dieser Organisation in eine Außenhandelsorganisation nach dem Muster anderer Wirtschaftszweige in die Wege geleitet. Hiernach wird unter paritätischer Beteiligung der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer die Reichsstelle für Textilwirtschaft in eine Außenhandelsstelle und die Reichswirtschaftsstellen werden unter möglichster Zusammenlegung in Außenhandelsnebenstellen umgewandelt. Die Umwandlung wird einer erhebliche Vereinfachung der bisherigen Organisation bedeuten. Die umfangreichen Vertreterversammlungen bei den einzelnen Reichswirtschaftsstellen werden wegfallen. Die Außenhandelskontrolle wird durch eine gewisse sachliche Dezentralisation vereinfacht werden.

Der Einfluß der Arbeitgeber und Arbeitnehmer wird durch paritätisch zusammengesetzte Ausschüsse sichergestellt sein. Die namentlich von Arbeitnehmerseite erstrebte schärfere Preiskontrolle im Inlandsmarkt wird künftig durch das Reichswirtschaftsministerium ausgeübt werden. Das Inkrafttreten der neuen Außenhandelsorganisation ist Anfang April in Aussicht genommen.

Die Vorgänge in der Zuckerindustrie. Mehrere mitteldeutsche Rübenzuckerfabriken tragen sich mit der Absicht, sich Zuckerraffinerien anzugliedern, die die Weiterverarbeitung des von ihnen erzeugten Rohzuckers vorzunehmen hätten. Zunächst wird die Zuckerraffinerie Halle A.-G. vor die Frage gestellt werden, ob sie sich auf diese Weise mit den Rübenzuckerfabriken zusammenschließen will. Das Angebot, über das eine Generalversammlung am 6. Februar entscheiden soll, ist deshalb besonders interessant, weil es von den Rohstofflieferanten dieser Gesellschaft gemacht wird und weil im Falle einer Ablehnung die Gefahr besteht, daß die Rohzuckerlieferanten die Raffinerie nicht weiter beliefern. Nun haben einige Aktionäre in der Sache ein Haar gefunden. Sie haben sich zu einer Schutzvereinigung zusammengefunden. Diese wendet sich gegen den Zusammenschluß u. a. mit dem Hinweis darauf, daß die geschaffenen Konzerne zu Sozialisierungsversuchen verlocken könnten, an deren Ende ein Reichszuckermonopol „droht". Es ist immerhin bemerkenswert, festzustellen, wie hier eine Aktionärsgruppe sich von selbst den Gedanken zu eigen macht, daß die fortschreitende Konzentration der Betriebe letzten Endes die Ueberführung der Produktionsmittel in die Hände der Allgemeinheit zur Folge haben muß, und wie sie dagegen im Grunde nur deshalb ankämpft, weil dann der schöne Profit aufhören würde.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Heute, Dienstag, den 24. Januar:

Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Ortsgruppe Neukölln, Geschäftsstelle Boddinstr. 66, hält heute in der Aula des Kaiser-Friedrich-Realgymnasiums, Neukölln, Kaiser-Friedrich-Str. 209/210, die diesjährige Generalversammlung ab.

Arbeiter-Sportkartell des 15. Verwaltungsbezirks. Heute 8 Uhr findet im Lokal des Genossen Hermann Töpfer, Niederschöneweide, Berliner Str. 114, unsere Generalversammlung statt. Erscheinen aller Delegierten ist Pflicht.

Große öffentliche Mieterversammlungen heute 7 Uhr in den Schulaulen Prinzenstr. 51, Wassertorstr. 31, Diessenbachstr. 61. Thema: Die Vergewaltigung der Mieterschaft durch die unberechtigten Mietszuschläge. Zentral-Mieterverband, Verwaltungsbezirk 6, Diessenbachstr. 76.

Morgen, Mittwoch, den 25. Januar:

Touristenverein „Die Naturfreunde". Generalversammlung der Ortsgruppe Berlin in der Aula Weinmeisterstr. 15 um 7 Uhr. Eintritt nur gegen Vorzeigung der quittierten Mitgliedskarte für 1921/1922.

Betriebskrankenkasse der Stadtgemeinde Berlin. Nachmittags 5 Uhr im Rathause, Königstr. 15/18, außerordentliche Ausschußsitzung.

Vortrag von Prof. Dr. Wegner um 8 Uhr in der Aula der Handels-Hochschule, Berlin, Spandauer Str. 1, über „Der Panamakanal, seine Geschichte, technische Herstellung und künftige Bedeutung". Mit Lichtbildern.

Briefkasten der Redaktion.

Briefliche Auskunft wird nicht erteilt. — Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage füge man einen Buchstaben und eine Nummer bei. Eilige Anfragen trage man in der Juristischen Sprechstunde, Lindenstr. 3, 1. Hof part. links, vor. Schriftstücke und Verträge sind mitzubringen.

G. 86. Morgenkaffee mit Zubrot 0,75 M.; Frühstück 1,90 M.; Mittagessen 4,50 M.; Nachmittagskaffee mit Zubrot 0,75 M.; Abendessen 2,60 M. — K. B. Verein Freidenker für Feuerbestattung E. V., Berlin, Oranienstr. 88/84. — M. G. 100. 1. An sich nicht. Der Betrag kann aber abzugsfrei belassen werden. 2. Nur in einem gewissen Umfange. — Teilhaber. 1. u. 2. Unter Umständen ja. 3. Ja, sofern ein wichtiger Grund vorliegt. — W. G. 75. 1. Die Erbschaftssteuer wird nach dem persönlichen Verhältnis des Erwerbers zu dem Erblasser in sechs Klassen erhoben. Wiederholen Sie daher Ihre Frage unter Angabe dieses Verhältnisses. 2. Nein, aber eine Nachlaßsteuer, die in Ihrem Falle 1 Proz. beträgt. — M. 161. Führen Sie zunächst Beschwerde beim Oberpräsidenten in Berlin. Ferner müssen Sie sich an das Mieteinigungsamt wenden. — R. L. 100. Zweifelhaft. Legen Sie gegen den Umsatzsteuerbescheid Einspruch ein. — E. R. 11. 1. Bis 1. April 1921 165 M., vom 1. April bis 31. Dezember 1921 200 M. 2. Vom 1 August bis 31. Oktober 1921 35 M., vom 1. November bis 31. Dezember 1921 15 M. 3. 15,60 M. — E. R. 17. 1. u. 2. An einem Oberförster oder Forstmeister oder an die Regierung. Unseres Wissens ist die Försterlaufbahn zurzeit gesperrt. 3. Uns nicht bekannt. Wenden Sie sich aber an die Auskunftsstelle des Reichswanderungsamts, Luisenstr. 31a. — E. H. 15. 1. Ja. 2. 20 M. Wenn es sich um einen verheirateten Arbeitnehmer handelt, so darf ein Lohnabzug nicht stattfinden. — R. G. W. 1. Ja. Die Ansprüche aus den Jahren 1913 bis einschließlich 1917 sind verjährt. 2. Ja, soweit die Geschwister dazu in der Lage sind. 3. Ja.

Suche zur Selbstverwertung Edelsteine u. Edelmetalle zu höchst. Preisen G. Schliephacke Juwelier Friedrichstraße 210 Ecke Kochstraße

Zähne von 8 M. Teilzahlung. 22 Kar. Kronen an 15 M., Zahnz. m. Einspr. 5 schmerzl. Umarb. schlechtsitz. Geb. Rep. sof. Zahnarzt Dr. Wolf, Potsd. St. 35, Hochb.-St. Sprz. 9-7

Kapitän-Kautabak M. 4.- das Stück im Einzelverk. Feinst. Geschmack, stets frisch. Zu kaufen in den Zigarrengeschäften usw. Generalvertr. E. Röder, Berlin, Lichtenberger Str. 22 (Königstadt 2861)

Reinwarth Kleine Frankfurter Straße 1 kauft zu enormen Preisen Gold-, Silber-, Platin- Bruch und Gegenstände Eigene Schmelze

Metall Ankaufsstelle Osten Gubener Weg 20 zahlt Tagespreise für Kupfer, Messing Blei, Zink etc.

Zahngebisse auch Schmucks., höchstpr. Plat., Gold, Silb.-Bruch Ernst Bimer, NO. Strausberger Str. 24, Straßenbahn 1, 2, 3, 22, 45, 67, 68, 71

BERLITZ SCHOOLS Leipziger Str. 123a Ecke Wilhelmstr. Tauentzienstr. 19a FREMDE SPRACHEN Einzelunterricht. Zirkel monatl. 60 Mark

Soeben erschienen!

M. PHILIPS PRICE

Die russische Revolution

(Erinnerungen aus den Jahren 1917-1919)

Aus dem Inhalt: Der Petersburger Sowjet und die erste Koalition / Das erste Stadium der Agrarrevolution / Wie die Kosaken und Tataren über die Revolution dachten / Der Sturz der bürgerlichen Koalition — Alle Macht den Räten / Sabotage der Intellektuellen und der Kampf auf dem Bauernkongreß / Die internationale Gegenrevolution geht zur Offensive über

495 Seiten Preis: brosch. Mk. 44.00, geb. Mk. 51.00
(Organisationsausg.): „ „ 19.00, „ „ 35.00

Verlag Carl Hoym Nachf., Louis Cahnbley, Hamburg

CREME PERI

das unentbehrlichste Hausmittel!

Ihre vielseitige Anwendungsmöglichkeit wird von keiner andern im Handel befindlichen Hautcrème übertroffen. In dem hohen Gehalt an dem von den Ärzten so geschätzten Hamamelis-Extrakt liegt der Grund für die verblüffenden Erfolge unserer "Crème Peri".

Überall erhältlich!

Dr. M. Albersheim Frankfurt a. M.

Gegr. 1892

5 neue Beweise

der Leistungsfähigkeit unseres

Inventur-Ausverkaufs

Wir bringen nebenstehend eine Auswahl hervorragender Angebote, die alles in sich vereinen: Hochwertige Qualität, höchste Preiswürdigkeit, vollendete Formenschönheit

Der unverändert andauernde gewaltige Käuferandrang spricht für unsere Angebote

DER SCHUHHOF

Berlin W 9, Linkstr. 11 — Spandau, Breite Str. 22

Theater, Lichtspiele usw.

Opernhaus
Pfitzner-Woche
Das Christelflein
7½ Uhr

Schauspielhaus
Othello
7½ Uhr

Deutsch. Theat.
7½: Ein Traumspiel
Mittwoch 7½: Tartüff. Scapins Schelmenstreiche

Kammerspiele
8: Anatol
Mittwoch 8: Anatol

Gr. Schauspielh.
(Karlstraße)
7½: Orpheus in der Unterwelt
Mittw. 7½: Orpheus in der Unterwelt

Theater i. d.
Königgrätz. Str.
7.30 Uhr: Die Fahrt ins Blaue
Richard, Ander, Engl, Pröckl, Süeda Dernburg

Komödienhaus
Täglich 7,30 Uhr:
Karussell
mit
Maria Orska
Joh. Riemann
Ralph Arth. Roberts

Berliner Theat.
Täglich 7.30 Uhr:
Prinzessin Olala
Emmy Sturm
Herbert Kiper, Louis Kaliger, Wally Koch

Central-Theater
7½ Uhr: **Das Detektivmädel**

Deutsches Opernhaus
7½ Uhr: **Die Bohème**

Friedr.-Wilhelmst. Th.
7½ U.: **Dollarprinzessin**

Intimes Theater
8: Die badende Nymphe
Eingrausig. Experiment Gustave, es blitzt
Klein. Schauspielhaus
7½ Uhr: **Die Mütter**

Lustspielhaus
8 Uhr: **Der Werwolf**

Metropol-Theater
7½ U.: **D. Straßensängerin**

Neues Operetten-Th.
8 Uhr: **Königin d. Nacht**

Neues Operettenhaus
8 Uhr: Einmal kommt die Stunde ...

Neues Theater am Zoo
8 Uhr: **Annette**

Neues Volkstheater
7½ Uhr: **Henchler**

Schiller-Th. Charlbg.
8 U.: **Ein Wintermärchen**

Schloßpark-Th. Steglitz
Kleines Haus
7½: Des Meeres und der Liebe Wellen
Großes Haus
8 Uhr: Klavier-Abend Eduard Erdmann

Thalia-Theater
7½ Uhr: Die Herren von und zu ...!

Theat. am Nollendorfpl.
7½ U.: **Die Ehe im Kreise**

Theater des Westens
7½ U.: **Der Tanz ins Glück**

Th. i. d. Kommandant. Str. (Jüd. Künstler-Th.)
7½ U.: Der Dorfjunge

Wallner-Theater
7½ Uhr: **Die Spitzenkönigin**

Walhalla-Theater
8 Uhr: Die Mondscheindame

Volksbühne
Theater am Bülowplatz
7 Uhr: **König Lear**

Lessing-Theat.
Heute und morgen 7½: **Die rote Robe**
Donnerstag 7½: Wenn wir Toten erwachen
Freitag 7: Peer Gynt

Deutsches Künstler-Th.
Allabendlich 7½:
Die Scheidungsreise
(Max Adalbert)

Komische Oper
7½ — 7½
Dir. Jam. Klein
Die große Revue
Der Herr der Welt
Keine Bühne der Welt bietet solche Prachtausstatt. und Namen berühmt. Darstell.
Max Landa
Bruno Kastner
Sascha Gura
Wilh. Hartstein
Franz Groß
P. Westermeyer
L. Werkmeister
75 Damen-Ballett!
Vorverkauf ununterbrochen

Apollo-Theater
8 Uhr — 8 Uhr
Dir. Jam. Klein
Die Ausstattungs-Varieté-Schau
Rund um die Welt!
10 Akte in verschiedenen Ländern
Im chinesischen Freudenhause
Aufruhr an der Shang-Hai-Treppe
Natschas Wüst.-Dressuren
i. d. Hauptrollen:
Else Berna
Oscar Sabo
Martin Kettner
Fritz Steidl
Else Reval
Alfred Walters

Berliner Theater

Charlottenstr. 90-92 • Charlottenstr. 90-92

Stark ermäßigte Preise für Abonnenten!

Ausschneiden!

Anweisung auf 1—6 Plätze

Rang	10 M.
II. Rg.-Balkon.	14 M.
II. „ 1.-3. Reihe	17 M.
Parkett 4.—8. R.	22 M.
„ 1.-3. Reihe	30 M.
Park.-Paut. 5.-8. R.	40 M.
„ „ 1.-4. R.	50 M.

Täglich 7½ Uhr in erster Besetzung

Prinzessin Olala
Musik von Jean Gilbert

Gültig bis 15. Februar außer Sonntags

Einlösung gegen Originalbilletts tägl. 10½—1 und ab 6½ Uhr abends an der Theaterkasse (Vorverkauf schon 8 Tage im voraus)

Residenz-Theat.
Täglich 7½ Uhr:
Das weite Land
Irene Triesch, Arnold, Korff, Schönfeld, Schroth

Casino-Theater
Lothring. Str. 37 Tägl. 7½, Nur noch bis 27. Januar
Der Weg z. Glück
ab Sonnabend, 28. Jan. Die neue Berliner Posse
Familie Gänseklein
Stg. 3½: Geständnis

Kleines Theater
Täglich 7½ Uhr:
Jaqueline
Car. Toelle, Falkenstein, Albers, Werkmeist., Bern

Philharmonie
Sinfonie-Konz.
d. Philharm. Orchest.
Dirig. Prof. Rich. Hagel
8. Sinf. E-moll — Tschaikowsky; Viol.-Konzert D dur (1. Satz) Paganini (v. d. Berg)
Anf. 8 Uhr Eintritt 4 M.

Admirals-Palast
7½ Uhr:
Futuristisch. Karneval
Die Prinzessin v. Tragant im Gespensterschloß

Reichshallen-Theater
Allabendlich 7½ Uhr u. Sonnt. nchm. 3 U.
Stettiner Sänger
Nachm. halbe Pr.
Dönhoff-Brettl: Anf. 7½ Uhr

Trianon-Theat.
Täglich 8 Uhr.
Elga
v. Gerhart Hauptmann
(Tilla Durieux, K. Veidt, Becker, Klein, Saltner)

Theater d. Ostens
(Rose-Theater)
7½ Uhr:
Verlorenes Glück
(Spreeathener)

FOLIES CAPRICE
Linienstr. 132 am Oranienburger Tor
Täglich 8¼ Uhr:
D. Liebeskanapee
Das Käuzchen
Die falsche Nummer
Frd. Grunecker, R. Bergl

Tägl. 8 Uhr
Internat.
SCALA
Varieté
u. a. Breker's Wunderbären

Theat. a. Kottb. Tor
Tel. Moritzpl. 16077
Tägl. 7½ Uhr u. Stg. nachm. 3 U.
Elite-Sänger
10 Herren! Witz! Komik!
Nm. halb. Preise
Kass. 11-1½ u. 4 6

Russ.-Deutsch. Theater
„Der blaue Vogel"
Goltzstraße 9
Nollendorf 1613
Anfang 8½ Uhr
Vorstellung allabendlich!!

Winter-Garten
Varieté-Spielplan
Rauchen gestattet

Wien-Berlin
Das grosse Januar-Varieté-Programm!
Beginn 7.30 Uhr.
Grosse Bierabteilung.

Tauentzien Varieté
Tauentzien-Palast
Beginn 8 Uhr.
Das Januar-Sensations-Progr.!

CIRCUS BUSCH
Tgl. 7½, Stg. auch 3 U.
Am Sonntag 1× ausverkauft!
Jubel unserer Kinder!
Vorvkf. Wertheim u. Circuskassen

Nur noch wenige Tage!
Hagenbeck
Postd. St. Lütz. 3271
Tägl. 7½ U.: Vorstellung. Abd. U.: Endkämpfe der Intern. Meisterschafts-Ringkämpfe i. Mittel- u. Schwergewicht.
Vkf. Tietz u. Tagk.

BTL
Potsdamer Str. 38
D. Fluch d. Schweig.
Turmstr. 12
Einer Mutter Sünde
Alexanderpl.-Pass.
Die Abenteurerin von Monte Carlo III. Teil.
Friedenau Rheinst.
D. Minderjährige

Quecksilber! Jedes Quantum, kauft Metall-Kontor John. Alte Jakobstr. 128

Neue Welt

Arnold Scholz — Hasenheide 108/14

Heute Dienstag, den 24. Januar:

Bockbier-Fest

„Große Modenschau"
Prämiierung des
elegantesten Abendkleides
3 bare Geldpreise 500, 300, 200 M.
8 Kapellen — 30 bayer. Mad'l
Einlaß 6 Uhr
Anmeldungen zur Prämiierung bis 10 Uhr abends an der Kasse

Metropol Varieté
Behrenstraße 54
7½ Uhr:
11 Attraktionen!

Lombard-Haus
Gegr. 1864
R. Graff, Leipz. St. 78 I.
Höchste Beleihung
Diskr. Reellste Gelegenheitskäufe, Uhren, Brillanten, Schmucksach. 10-50% unt. Lad.-Pr.
Fernsprecher

Die
Abtreibung der Leibesfrucht
von Univ.-Professoren
A. Grotjahn u. G. Radbruch
Wichtig für Eheleute, Aerzte und Hebammen
Preis M. 3.—
Buchhandlg. Vorwärts Berlin SW., Lindenstr. 3

Metallbetten
Stahlmatratz., Kinderbett., dir. an Priv. Katal. 30 Afr.
Eisenmöbelf. Suhl (Th.)

Verkäufe

Wirklich billig! in Herrengarderobe ist Gallmann, Alexandrinenstraße 44, II, Ecke Kommandantenstraße. Trotz steigender Teuerung verkaufe Anzüge, Schlüpfer, Cutaways, modern, mit Friedenszutaten verarbeitet, 60 Prozent billiger. *

Auf Teilzahlung Herrenanzüge, Cutaway, Ulster, Schlüpfer. Moderne Maßarbeit. Bequeme, diskrete Ratenzahlung. Weiler Gottlieb, Rosenthalerstraße 14a, Nähe Rosenthalerplatz. Geöffnet 9—7.

Silberfüchse 400,—, Kreuzfüchse 300,—, Wölfe 400,—. Weißfüchse, Zobel-, Alaskafüchse, Skunks. Marder enorm billig. Pelzmäntel 2000,—, Sportpelze 400,—, Schoßpelze. Ferner: Herrenanzüge, Ulster, Cutaways, Kostüme, Mäntel, Teppiche, Gardinen, Wäsche verkauft Leihhaus Moritzplatz 58a. Keine Lombardware. 1312*

Bettwäsche noch Friedensmaterial, billig eingekauft. Bettbezüge, Kissen, Laken, Handtücher, Damenhemden, Beinkleider, Teppiche, Gardinen, Tischdecken, Diwandecken, Läuferstoffe, Brücken, Betten. Keine Lombardware. Nur Gelegenheitskäufe im Wäschehof, Leihhaus Moritzplatz 58a. *

Kreuzfüchse, Alaskafüchse, sämtliche Pelzsorten jetzt über die Hälfte herabgesetzt. Anzüge, Paletots, Schlüpfer, Gehrockanzüge, Cutaways, Gummimäntel, Hosen bis 50 Prozent billiger. Keine Lombardware. Leihhaus Rosenthalertor, Linienstraße 203/4, Ecke Rosenthalerstraße. *

Sibirischer Kreuzfuchs, selten schön, 475, prachtvoller Silberfuchs 375, außerdem Alaskafuchs, Blaufuchs äußerst preiswert verkäuflich. Gollmann, Alexandrinenstraße 44 II, Ecke Kommandantenstraße. *

Bettwäsche billiger, da alles eigene Fabrikation. Bettbezüge 76,—, Kissen 23,—, Laken 32,— an. Auch bessere bis zu 50 Proz. herabgesetzt. Restbestände des Inventurverkaufs, Inletts 1,—, Handtücher, Wäsche, Bettenstoffe staunend billig, nur solange Vorrat. Berliner Bettwäschefabrik, Chausseestraße 65 (Haltestelle Liesenstraße). Größte Spezialfabrik mit Detailverkauf. Geöffnet 8½—7. *

Leihhaus Friedrichstraße 3 (Hallesches Tor) verkauft spottbillig Herrengarderobe und Pelzwaren. Keine Lombardware. *

Wintermäntel 300 Mark. Albert Schenk, Köpenickerstraße 127, Hof rechts.

Möbel

Chaiselongues, 375,—, 525,—, 725,—, Umbausofas, Auflegematratzen, Patentmatratzen 240,—. Wolter, Stargarder Straße 14a. *

Chaiselongue 185,—, Chaiselonguedecke 75,—, Metallbetten 100,—, Kinderbettstellen. Weide, Augustraße 22a, Quergebäude. 1322*

Möbel-Lechner, Brunnenstraße 7, liefert gegen bequeme An- und Abzahlung Schlaf-, Speise-, Herrenzimmer, Küchen usw. 1758*

Möbelkredit bei kleinster An- und Abzahlung. Komplette Wohnungs-Einrichtungen, eichene Schlafzimmer, farbige Küchen, einzelne Möbelstücke. Görlich, Stralauer Platz 1—2, Ecke Fruchtstraße, am Schlesischen Bahnhof. *

Musikinstrumente

Pianos, großes Lager neuer und gebrauchter Instrumente. Scherer, Chausseestraße 105.

Kaufgesuche

Zahnatelier, Linienstraße 19. 1493*

Mauserpistolen, mit und ohne Anschlagkolben, auch Jagdgewehre kauft Hellfritsch, Tempelhofer Ufer 13, am Halleschen Tor. *

Glühlampen, Elektromaterial, kauft Schröder, Weinmeisterstraße 6.

Silberschmelze Christionat, Köpenickerstraße 20a (gegenüber Manteuffelstraße), kauft Zahngebisse, Platinabfälle, Schmucksachen, Glühstrumpfasche, Quecksilber, sämtliche Metalle. 1420*

Kaufe! Goldschmied, kauft zu günstigen Preisen: Platin-, Gold-, Silberbruch, unmodernen Schmuck, Zahngebisse, Brennstifte. Eigene Verwertung. Goldwaren-Fabrik, Brunnenstraße 152. *

Schallplatten, alte, zerbrochene, Kilogramm 27,—. Plattenumtausch. Sonne, Bergmannstraße 15 (Kreuzberg). 8735*

Unterricht

Technische Privatschule Dr. Wenner, Regierungs-Baumeister a. D., Berlin, Kronenstraße 3. Maschinenbau, Elektrotechnik, Hochbau. Abendlehrgänge. Tageslehrgänge. *

Schnellförderndes englischen Unterricht im Zirkel oder Einzelstunden, deutschen und französischen Unterricht erteilt Gertrud Swienty-Liebknecht, Charlottenburg, Stuttgarter Platz 8, Gartenhaus IV.

Verschiedenes

Gewissenhafte Untersuchung. Erfahrene Hebamme Edel, Bülowstraße 62.

Erfinder, Patentbureau Sackschet, Gertraudtenstraße 18. Zentrum 7800. 1049*

Gefunden, Verloren

Hund entlaufen. Steuermarke 182 967. Aohland, Christinenstr. 30.

Brieftasche mit Verbandsmarken verloren Mittwoch Nacht Oranienstraße wird gebeten abzugeben. Büttner, Wienerstr. 57a.

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Buchbinder, der Bromsilberpostkarten bereits zugeschnitten hat, per sofort gesucht. Borin, Dresdenerstraße 43.

Oberhemden-Plätterinnen auf neu, nur geübte, sowie Lehrlinge, nicht unter 14—16 Jahren, finden dauernde Beschäftigung. Salomon Mosse, Alte Jakobstraße 77.

Vorrichterinnen und Vornäherinnen, geübte, auf Stehumlege- und gute Klappenkragen, in und außer dem Hause, sowie Lehrlinge finden dauernde Beschäftigung. Salomon Mosse, Alte Jakobstraße 77. *

Zum 1. April suchen wir:
Maschinenbauer-Werkzeugmacher-Dreher-Lehrlinge
Schriftl. Bewerbung mit Abschriften der letzten Schulzeugnisse sind zu richten an
P. A. Scheu G. m. b. H.
Berlin NW 87
Neues Ufer 28/33

AEG

sucht zum sofort. Eintritt:
Bohrwerksdreher für Zylinderbohrwerk
Kupferschmiede
Bohrer
Schirrmeister
Revolverdreher
Werkzeugfräser
Fräser für Vertikal- und Horizontalfräsmaschin.
Elektromonteure
Revisoren
1 Kesselschmiede (gel. Kesselschmiede)
sowie 1 Hammerschmiede (gel. Schmiede)

Persönl. Vorstellungen in unserer Arbeiter-Annahme Tor 1 von 9 bis 11 Uhr vormittags.

AEG-Lokomotivfabrik, Hennigsdorf.

Tischler u. Stellmacher

werden zum sofortigen Eintritt gesucht. 9—11 Meldungen im Einstellungsbureau
Nationale Automobil-Gesellschaft Akt.-Ges.
Berlin-Oberschöneweide, Ostendstr. 1—5

Tüchtige
Automaten-Einrichter
für Werner-, Offenbach- und Pittler-Automaten werden für dauernde Arbeit in Akkord gesucht.
Knorr-Bremse A.-G.
Lichtenberg, Neue Bahnhofstraße 9/17.
Persönliche Meldungen vormittags von 10 bis 12 Uhr im Bureau für Arbeiterangelegenheiten.

Einrichter für Pittler- u. Löwe-Bänke

Bohrwerksdreher, Karusselldreher
Revolverdreher, Fräser u. Bohrer
werden zum sofort. Eintritt gesucht.
Meldungen im Einstellungsbureau
Nationale Automobil-Gesellschaft Akt.-Ges.
Berlin-Oberschöneweide, Ostendstr. 1—5

Tüchtige
Verkäuferinnen
für
Korsetts
sofort gesucht

Meldungen: 1—2 Uhr mittags, 5—6 Uhr abends

A. Jandorf & Co
Brunnenstr. 19/21.

ZZ Botenfrauen u. Männer

werden zu den neuen, sehr stark erhöhten Löhnen eingestellt:

Ackerstr. 174 (Koppenplatz)	Mariusstraße 36
Bärwaldstraße 42	Müllerstraße 31a
Bastianstraße 7	Petersburger Platz 4
Boyhagener Straße 61	Prinzenstraße 81
Greifenhagener Straße 22	Steglitzer Straße 37
Immanuelkirchstraße 24	Wattstraße 9
Lausitzer Platz 14/15	Wilhelmshavener Str. 45
Lübecker Straße 1	

Borsigwalde, Räuschstraße 10
Lichtenberg, Wartenbergstraße 1
Neukölln, Redarstr. 3 u. Bergstraße 29/30
Niederschöneweide, Brückenstr. 16
Niederschönhausen, Treskowstraße 27
Reinickendorf-Ost, Provinzstraße 88
Schöneberg, Belziger Straße 7
Tempelhof, Kaiser-Wilhelm-Straße 18
Treptow, Kiefholzstr. 412